

Protokoll des Zürcher Kantonsrates

201. Sitzung, Dienstag, 15. Dezember 1998, 19.30 Uhr

Vorsitz: *Kurt Schellenberg (FDP, Wetzikon)*

Verhandlungsgegenstände

1. **Mitteilungen**..... *Seite 14919*

3. **Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1999**
Antrag des Regierungsrates vom 9. September 1998
und geänderter Antrag der Finanzkommission vom
26. November 1998
3667a, Fortsetzung der Beratungen *Seite 14919*

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Persönliche Erklärung Hartmuth Attenhofer zum
Kreditbegehren für Englisch an der Oberstufe*.....
Seite 14977
- Schlusswort des Regierungsratspräsidenten *Seite
14990*
- Neu eingereichte Parlamentarische Vorstösse .. *Seite
14990*

Geschäftsordnung

Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

3. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1999

Antrag des Regierungsrates vom 9. September 1998 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 26. November 1998

3667a, Fortsetzung der Beratungen

Konto 3660 Beiträge für Prämienverbilligung der Krankenversicherung für Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen

Konto 4600 Betriebsbeiträge vom Bund

Fortsetzung der Detailberatung

Astrid Kugler-Biedermann (LdU, Zürich): Einer Pressemitteilung des Regierungsrates vom 5. November 1998 konnte man entnehmen, dass die Einzelleistungen an Erwachsene gekürzt werden. Die Begründung des Regierungsrates ist: «Die im kommenden Jahr zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus, um gleichbleibende Prämienverbilligungsbeträge auszurichten.» Konkret bedeutet dies, dass jene, die zur oberen vom Regierungsrat festgesetzten Einkommensgrenze von 33'000 Franken gehören, statt wie bis anhin 480 Franken pro Jahr nur noch 420 Franken bekommen. Der höchstens ausbezahlte Betrag beträgt statt wie dieses Jahr 1'629 Franken nur noch 1'440 Franken. Sicher, ein kleiner Zuschuss ist allemal besser als kein Zuschuss. Überlegen Sie sich einmal, wie leicht und wie schnell Sie an einem einzigen Tag 100, 200 oder noch mehr Franken ausgeben. Ich habe heute morgen eingekauft, und zwar nur das Nötigste. Es hat gerade in meinen Korb hineingepasst. Das hat nahezu 100 Franken gekostet. Das einzige, was man als Luxus bezeichnen könnte, war vielleicht das Fleisch für die Katze. Sonst war kein Luxusartikel dabei. Das Geld wird schnell ausgegeben. Was der Regierungsrat vorschlägt, an Prämienverbilligungen zu vergeben, ist wirklich nur ein symbolischer Beitrag und nicht mehr. Ursprünglich ist mehr versprochen worden. Da hätte sogar ein Teil des Mittelstands von den Prämienverbilligungen profitieren sollen. Heute sind es gerade noch die wirklich Bedürftigen. Da hält die Politik ihre Versprechungen nicht ein.

Ausserdem hat der Kanton bei den Krankenkassenprämien in den vergangenen Jahren dank dem KVG (Krankenversicherungsgesetz) enorm gespart. 1995, unter dem alten Recht, bezahlte der Kanton 144 Mio. Franken an allgemeinen Subventionen, also Subventionen, die allen zugute kamen. Die Stadt Zürich brachte nochmals 40 Mio. Franken zusätzlich für Bedürftige auf. Das waren 184 Mio. Franken im Kanton Zürich. 1996 hat der Kanton Zürich unter dem neuen Recht gerade noch 85 Mio. Franken dafür aufgewendet. 1997 waren es

99 Mio. Franken und 1998 sind es 117 Mio. Franken, also immer noch weit weniger als es 1995 waren. Die Prämien sind seither aber massiv angestiegen.

Ich habe es angedeutet, in den Genuss kommen vor allem alte oder bedürftige Menschen, Familien dagegen kaum. Das kann nur geändert werden, wenn wir die Prämienverbilligung höher ansetzen und mehr ausschöpfen. Da spreche ich vor allem die CVP an, die sich immer um die Familien sorgt. Ich bitte die CVP, hier ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Der LdU setzt sich aus den dargelegten Gründen in erster Linie für die Ausschöpfung von 100 % ein. Ich vermute, dass wir froh sein müssen, wenn die heutige Abstimmung noch nicht das letzte Resultat ist, das wir in dieser Sache sprechen, sondern dass zu Beginn des nächsten Jahres das Thema nochmals auf die Traktandenliste zu stehen kommt.

Ich bitte Sie, den Anträgen auf Erhöhung zu folgen. Wir werden zuerst die 100-prozentige Ausschöpfung unterstützen.

Silvia Kamm (Grüne, Bonstetten): Nicht zum ersten Mal, aber wahrscheinlich zum letzten Mal streiten wir uns um die Höhe der Prämienverbilligungsgelder. Nächstes Jahr soll endlich die Initiative für eine 100-prozentige Ausschöpfung der Prämienverbilligungsgelder zur Abstimmung kommen, gleichzeitig mit dem Einführungsgesetz zum KVG, das vorsieht, dass die Regierung über die Höhe der Gelder entscheidet. Wenn die Initiative angenommen wird, wird es eine 100-prozentige Ausschöpfung geben – ich hoffe, dass sie angenommen wird –, wenn das Einführungsgesetz zum KVG angenommen wird, nehme ich an, dass es eine 50-prozentige Ausschöpfung geben wird. Das Volk hat es nächstes Jahr in der Hand zu entscheiden, wieviel Geld in Bern geholt werden soll.

Heute sind wir nochmals in der Pflicht. Wie in der Vergangenheit plädieren wir Grünen für eine 100-prozentige Ausschöpfung der Gelder. Wir sind bereit, einem kleineren Ausschöpfungsgrad zuzustimmen, wenn wir sehen, dass dieser eine Mehrheit finden sollte.

Die Krankenkassenprämien sind nach wie vor hoch. Eine Erwachsenenprämie kostet je nachdem, wo man wohnt, zwischen 2100 und 2550 Franken im Jahr. Für ein Kind sind es zwischen 600 und 700 Franken. Eine Familie mit zwei Kindern in der Stadt Zürich bezahlt also 6500 Franken im Jahr für Krankenkassenprämien. Das sind happige Beträge, deutlich mehr als ein durchschnittlicher Monatslohn der bei etwa 4900 Franken liegt. Für Rentnerinnen und Rentner, die eine minimale AHV-Rente bekommen, sind das mehr als zwei ganze AHV-

Renten, die für die Krankenkassenprämien draufgehen. Für manche Alleinerziehende ist das ein Grund, zur Fürsorge zu gehen, weil das Geld nicht mehr reicht.

Die steuerlichen Einkommensgrenzen sind zwar im letzten Jahr erweitert worden, aber da insgesamt nicht mehr Geld zur Verfügung steht, bedeutet das schliesslich nichts anderes, als dass die einzelnen Stücke des Kuchens kleiner geworden sind. Die Leute haben also weniger Geld erhalten.

Ich könnte noch lange irgendwelche Zahlen ausführen und Ihnen vorrechnen, dass die Prämienverbilligungen hinten und vorne nicht reichen. Ich verzichte darauf, weil es in diesem Parlament nicht um Fakten geht – das habe ich gemerkt und zur Kenntnis genommen –, sondern um politische Entscheide. Sie entscheiden also politisch, ob Sie weiterhin auf dem Buckel der sozial Schwachen und denjenigen des Mittelstands die Staatskasse sanieren wollen, oder ob es nicht endlich an der Zeit wäre, die soziale Verantwortung gegenüber dem Volk wahrzunehmen. Nächstes Jahr sind bekanntlich Wahlen und Sie alle wollen wieder gewählt werden. (Zwischenruf Eduard Kübler: «Nei, ich nümmä!»). (Heiterkeit). Herr Kübler, ich habe das zur Kenntnis genommen.

Von der FDP erwarte ich nicht allzuviel in dieser Frage, weil ihre Wählerschaft bekanntlich nicht zu denen gehört, die die Prämienverbilligungsgelder benötigt. Bei der SVP sieht das schon anders aus. Sie machen sich immer für den Mittelstand stark, für die kleinen und mittleren Betriebe und Gewerbler. Das sind genau die, die heute leer ausgehen und die unter den hohen Prämien leiden. Also müsste die SVP eigentlich für eine 100-prozentige Ausschöpfung sein. Der CVP muss ich sagen: Sie, die immer von Familienpolitik sprechen, könnten einmal Ihren schönen Worten Taten folgen lassen. Von den schönen Worten allein haben die Familien gar nichts. Ein Ja Ihrerseits täte Ihrer Glaubwürdigkeit sehr gut. Ich bin gespannt auf Ihre Entscheidung.

Ich bitte Sie, für die hundertprozentige Ausschöpfung der Prämienverbilligungsgelder zu stimmen.

Willy Spieler (SP, Küssnacht): Sie haben recht, Frau Bernasconi, alle Jahre wieder müssen wir Sie leider daran erinnern, was eigentlich der Auftrag des KVG ist. Es verlangt in Artikel 65, dass die Beiträge des Bundes grundsätzlich voll ausbezahlt werden. Der bisherige Subventionsminimalismus unseres Kantons widerspricht diesem Grundsatz klar. Eine Reduktion der Bundesbeiträge ist nach demselben Artikel nur dann zulässig, wenn die Prämienverbilligung «für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen trotzdem sichergestellt ist.»

Hat die Regierung, haben Sie, Frau Regierungsrätin Verena Diener, abgeklärt, was bescheidene wirtschaftliche Verhältnisse in unserem Kanton sind? Haben Sie abgeklärt, wieviel Subventionsprozente der Kanton beim Bund abholen muss, damit die Prämienverbilligung gemäss KVG für die Berechtigten trotzdem sichergestellt ist? Ich zweifle nicht, Frau Regierungsrätin, dass Sie diese Abklärungen getroffen haben. Ich habe höchstens Zweifel daran, dass Sie mit den Ergebnissen Ihrer Abklärungen bei der Regierungsmehrheit auch durchgedrungen sind. Nach gewalteter, gestriger Diskussion möchte ich Ihnen in einem solchen Fall auch einmal den Buschor'schen Separateingang ins Parlament empfehlen, um einen eigenen Antrag in dieser Sache zu stellen.

Die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Finanzkommission betreibt unseres Erachtens eine Obstruktion gegen die soziale Komponente des KVG, die notabene durch die Bereitstellung einer halben Milliarde Franken aus der Mehrwertsteuer noch zusätzlich unterstrichen worden ist. Im Mittelpunkt dieser Politik stehen offenbar nicht Menschen, sondern Staatsfinanzen. Aber noch einmal: Das KVG richtet die Höhe der Prämienverbilligung nach den bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen und nicht nach den Staatsfinanzen, vor allem dann nicht, wenn milliardenschwere Steuergeschenke die Ursache der angeblich fehlenden Staatsfinanzen sind.

Für das laufende Budgetjahr hatte der Regierungsrat die Bezugsberechtigung so angesetzt, dass wider Erwarten der Subventionsrahmen zu 60 statt zu 50 Prozent ausgeschöpft werden musste. Was tut der Regierungsrat jetzt? Er kürzt die Prämienverbilligung, um auch für das kommende Jahr nicht mehr als 50 Prozent ausschöpfen zu müssen mit der Folge, dass die maximalen Prämienverbilligungen für die Berechtigten um 12 Prozent heruntergefahren werden müssen. Wenn das kein Sozialabbau ist! Dieser Sozialabbau betrifft einen Drittel unserer Wohnbevölkerung und das, obwohl sich die Prämien seit Einführung des KVG massiv erhöht haben. Dass uns die Gesundheitskosten davonlaufen, ist sicher nicht die Schuld der Menschen, denen die Prämienverbilligung vorenthalten wird. Für diese Leute ist der finanzielle Ernstfall nicht unser Budget, sondern die Frage, ob sie die nächste Prämienrechnung überhaupt bezahlen können.

Nur 50 Prozent der Subventionen beim Bund abzuholen, ist nicht nur schäbig gegenüber den Betroffenen, es ist auch schäbig im Verhältnis zu anderen Kantonen. Sämtliche Kantone mit Universitätsspitalern, also Bern, Basel-Stadt, Waadt und Genf schöpfen die 100 Prozent aus. Einen höheren Ausschöpfungsgrad weisen auch andere Kantone der Ostschweiz aus, wie zum Beispiel Thurgau mit 100 Prozent oder

Appenzell Innerrhoden mit 80 Prozent. Nur der reiche Kanton Zürich kann es sich leisten, auf diese Sozialleistungen zu verzichten!

Wo ist die SVP, die sich angeblich um den Mittelstand sorgt, der auch immer mehr in diese bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnisse abrutscht? Wo sind die Leute von der FDP, denen das Herz für einkommensschwache Personen geschlagen hat, als es um die Entwicklungshilfe aus dem Lotteriefonds gegangen ist? Von der CVP höre ich, dass sie mit einem Budgetpostulat ihre alte Forderung nach mehr Prämienverbilligung für Familien mit Kindern wiederholen möchte. Wir werden dieses Postulat dann, aber auch nur dann unterstützen, wenn Sie Ihrerseits einer Aufstockung der Prämienverbilligungsbeiträge zum Durchbruch verhelfen.

Ich bitte Sie, unseren Minderheitsantrag zu unterstützen.

Nancy Bolleter-Malcom (EVP, Seuzach): 1996 sind individuelle Prämienverbilligungen nach zwei steuerbaren Gesamteinkommensgruppen erteilt worden. Knapp 20 Prozent der Bevölkerung erhielt eine Prämienverbilligung. Den grössten Anteil der begünstigten Personen bildeten die Alleinstehenden mit beinahe 80 Prozent. Ehepaare machten etwa 15,6 Prozent aus, davon solche mit Kindern 5,9 Prozent. Viele Familien gingen leer aus. 1997 wurde eine weitere Einkommensgruppe dazugenommen. Dies ergab eine Steigerung auf 25 Prozent der Bevölkerung. 1997 konnten dank der höheren Einkommensgrenzen 31 Prozent profitieren. Die Zunahme bei den Kindern war erfreulich. Kaum zugenommen hat die Anzahl der 19- bis 25-jährigen in Ausbildung. Diese Personengruppe wurde bereits 1996 durch die tieferen Berechtigungsgrenzen weitgehend erfasst. 1998 wurde wieder eine weitere Einkommensgruppe dazugenommen, mit der Erwartung, dass man etwa 28 Prozent der Bevölkerung erreichen könnte. Leider wird diese Statistik erst im Frühjahr 1999 erhältlich sein. Es ist zu hoffen, dass viele Familien mit Kindern erreicht worden sind. Besonders sie haben schwer an der Last der Krankenkassenprämien zu tragen. Aber schon im November 1998 wurde bekannt, dass gegenüber dem Voranschlag 1998 ein Mehraufwand für die Prämienverbilligung von 41 Mio. Franken zu verzeichnen ist. Die Regierung hat darauf für das Jahr 1999 Konsequenzen gezogen. Die individuellen Prämienverbilligungsbeiträge sollen gekürzt werden. Die Krankenkassenprämien für 1999 sind nicht gesunken.

Die EVP stellt den Antrag, dass wir

für das Jahr 1999 siebzig Prozent der Bundesbeiträge ausschöpfen sollen.

Mit diesem Betrag können wir mehr für die Prämienverbilligung einsetzen und müssen die individuellen Prämienverbilligungen nicht kürzen.

1999 wird das Einführungsgesetz zum KVG zur Abstimmung gelangen. Wenn wir dem Volk zeigen, dass wir bereit sind, etwas mehr als das Minimum für die Prämienverbilligungen einzusetzen, werden wir das Gesetz glaubwürdig vertreten können. Es ist schäbig, dass der Kanton Zürich mit einer hohen Prämienlast immer noch das Minimum der Bundesbeiträge bezieht. Der Kanton Zürich ist von allen Kantonen derjenige mit den höchsten Prämien, der nur 50 Prozent ausschöpft.

Die EVP ist sich bewusst, dass eine hundertprozentige Ausschöpfung eine unvertretbare Last für die heutigen Finanzen ist. Eine fünfzigprozentige Ausschöpfung ist aber eine unvertretbare Last für unsere solidarische Verantwortung. Wir haben bei der Zustimmung zum KVG versprochen, dass wir vom Giesskannenprinzip weggehen und dass die Entlastung den unteren Einkommensgruppen zukommen soll.

Ich bitte Sie den Antrag, 70 Prozent der Bundesbeiträge zu beziehen, zu unterstützen.

Anjuska Weil-Goldstein (FraP!, Zürich): Ich denke, das Wichtigste ist gesagt; ich verzichte.

Claudia Balocco (SP, Zürich): Erlauben Sie mir, an dieser Stelle den Blickwinkel noch etwas zu öffnen und einige Bemerkungen zur Entwicklung im Gesundheitswesen zu machen, genaugenommen zur Entwicklung der Beteiligung des Kantons Zürich an diese Kosten.

Die Gesamtkosten des Gesundheitswesens sind – das haben wir heute mehrfach gehört – in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Schweizweit haben sie sich zwischen 1985 und 1995 etwa verdoppelt. Ähnliches wird auch für den Kanton Zürich gelten, obwohl mir hier keine genauen Zahlen vorliegen. Demgegenüber hat die Nettobelastung des Kantons Zürich in der Laufenden Rechnung für das Gesundheitswesen kontinuierlich abgenommen. In der Rechnung 1993 kostete uns das Gesundheitswesen netto 549 Mio. Franken, in der Rechnung 1997 noch 522 Mio. Franken und im Voranschlag 1999 sind, wenn man die Anträge des Regierungsrates aus dem Novemberbrief miteinbezieht, Nettoaufwendungen von 465 Mio. Franken für das Gesundheitswesen vorgesehen. Hiervon will die Finanzkommissionsmehrheit mit ihren Kürzungsanträgen nochmals 8 Mio. Franken kürzen.

Der Kanton Zürich entlastet sich also. Der Anteil der Kosten am Gesundheitswesen, der vom Kanton sozialverträglich über progressive

Steuern finanziert wird, nimmt ab. Demgegenüber nimmt die Belastung der Bevölkerung, sei es über gestiegene Taxen, Gebühren oder steigende Krankenkassenprämien, ständig zu. 1992 hatten die privaten Haushalte schweizweit 62 Prozent der Gesundheitskosten zu tragen. 1995 waren es schon 65 Prozent, dies notabene bei steigenden Totalkosten für das Gesundheitswesen.

Die Sozialdemokratische Fraktion findet diese Entwicklung ausserordentlich problematisch, ja skandalös. Wir fordern den Regierungsrat auf, eine kantonale Gesundheitspolitik zu betreiben, welche nicht in erster Linie auf der Entlastung des Kantonshaushalts bedacht ist.

Viele Menschen können die steigenden Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen. Setzen Sie ein Zeichen gegen die Entsolidarisierung des Kantons Zürich bei der Finanzierung der Gesundheitskosten! Stimmen Sie der Aufstockung der Prämienverbilligungsbeiträge zu!

Germain Mittaz (CVP, Dietikon): Zuerst meine Interessenbindung: Ich bin Vater von drei Kindern. Allerdings sind sie schon erwachsen. Ich habe zwei Grosskinder und meine Frau betreut seit bald zehn Jahren tagtäglich ein Pflegekind. «Qui veut trop, n'a rien», sagte schon meine Grossmutter als ich noch ein Kind war. Das war vor bald fünfzig Jahren. Wir haben hier zwei Minderheitsanträge. Der Antrag der SP will zuviel. Der Antrag der EVP liegt richtig in der Mitte. Ich befürchte, dieser Antrag wird leider bei der ersten Abstimmung keine Mehrheit finden und für die zweite Abstimmung gebe ich dem Antrag der SP keine Chance, weil er zu teuer ist. Meine Empfehlung, liebe Kolleginnen und Kollegen von dieser Seite: Behalten Sie Ihren Antrag für die Eventualabstimmung und stimmen Sie dem Antrag Werner Scherrer zu! So werden wir eine Lösung haben. So werden wir haben, was wir erreichen möchten, nämlich dass etwas mehr Geld für die Finanzierung der Krankenkassenprämien zur Verfügung steht. Das ist eine Tatsache. Wie viele Mitarbeiter werden auf den 1. Januar 1999 keinen Rappen Lohn- oder Teuerungsausgleich erhalten? Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird alles teurer werden. Auch die Krankenkassenprämien werden nochmals teurer.

Ich empfehle den Antrag Werner Scherrer.

Markus J. Werner (CVP, Dällikon): Mit dem Inkrafttreten des KVG hat die CVP zwei Sachen gemacht: Auf kantonaler Ebene haben wir zuerst die Subventionsgiesskanne zur Seite gestellt und uns dem Grundsatz individuelle Prämienverbilligung zugewandt, um Leute in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Hilfe zu bieten. Auf

Bundesebene hat man von der CVP-Fraktion vernehmen können, dass eine Task-Force eingesetzt worden ist, um die Unzulänglichkeiten des Opus Dreifuss etwas abzuschwächen.

Wenn man nun die heute zur Diskussion stehenden Anträge betrachtet, gelange ich – im Gegensatz zu einigen meiner Fraktionskollegen, welche den Streicheleinheiten von Silvia Kamm zugesprochen haben – nach wie vor zur Auffassung, dass es sich bei der von Willy Spieler aufgeworfenen Frage, wie es mit den Abklärungen bezüglich der Bedürftigkeit der Leute stehe, um eine eigentliche Fangfrage handelt. Wir haben bereits im letzten Jahr festgestellt – das ist nichts Neues –, dass es tatsächlich Familien gibt, welche die Prämien nicht mehr oder nur mit allergrössten Schwierigkeiten bezahlen können. Wir haben schon vor zwei Jahren – das werden wir heute wieder machen – ein Postulat eingereicht, um diesen familienfeindlichen Verteilmechanismus endlich aufzubrechen. Wir sind der Meinung, dass das Geld an sich genügt, weil wir nicht jedem und jeder eine solche Prämienverbilligung zukommen lassen müssen – so war es im KVG nie gemeint –, sondern nur jenen, die es wirklich benötigen. Dazu gehören in einem grösseren Umfange Familien mit mehreren Kindern.

Ich und eine Mehrheit der CVP werden daher versuchen, dem Postulat zum Durchbruch zu verhelfen, andererseits die unnötigen Erhöhungen der SP und der EVP ablehnen.

Anton Schaller (LdU, Zürich): (Unruhe). Wenn Sie sich laut vernehmen lassen und murren, was soll das? Es zeigt eindeutig, dass Sie keinen Argumenten zugänglich sein wollen.

Wenn ich nochmals aufgestanden bin, habe ich ansprechen wollen, dass vielleicht doch noch kurz vor Weihnachten – die, wie die Debatte über die Prämienverbilligung alle Jahre wiederkommt – Zeichen und Wunder geschehen. Wenn Germain Mittaz aufsteht und in einem flammenden Plädoyer sagt, dass wir den 70 Prozent eine Chance geben sollen, so ist das bemerkenswert. Das wollte ich unterstreichen und Ihnen die Ohren dafür öffnen, die so verstopft sind, oder auch Ihre Augen, weil Sie ein Brett davor haben und nur eines sehen, nämlich schwarze Budgetzahlen.

Es ist ein versöhnlicher Antrag der CVP mit 70 Prozent gekommen. Diese 70 Prozent – wir sind in diesem Saal bescheiden geworden – sind das Mindeste, das wir machen müssen. Seit Jahren durchlöchern wird das KVG. Ich sage das immer wieder. Dieses KVG würde besser greifen, wenn wir es ausführen und wirklich dahinterstehen würden. Ich verstehe beispielsweise nicht, dass der Grosse Rat des Kantons Waadt

letzte Woche 100 Prozent beschlossen hat. Wenn Sie die Finanzsituation des Kantons Waadt kennen – und vielleicht auch etwas Zeitung lesen –, wüssten Sie, dass sie sich wesentlich schwächer als unsere zeigt. Sie haben mit Not eine Defizitbremse auf 400 Mio. Franken eingeführt. Aber, weil sie – das sind ganz bürgerliche Parteien im Kanton Waadt – an sich der Verpflichtung des KVG nachkommen wollen, schöpfen sie 100 Prozent aus.

Deshalb der letzte Appell vor Weihnachten: Schöpfen wir die 70 Prozent aus, folgen wir Germain Mittaz, der oft und immer wieder mit der rechten Seite stimmt, aber in dieser Sache doch das Herz sprechen lässt!

Willy Spieler (SP, Küssnacht): Herr Werner, Sie haben vorhin vom Opus Dreifuss in einem nicht eben ansprechenden Sinne gesprochen. Ich habe mir heute morgen in der Vorbereitung meines Votums nochmals die Botschaft des Bundesrates angesehen. Die Botschaft des Bundesrates zum KVG datiert vom 6. November 1991. Ruth Dreifuss wurde am 10. März 1993 gewählt. Der damals zuständige Innenminister war Ihr Bundesrat Flavio Cotti. Das möchte ich in Erinnerung rufen. Im übrigen ist das KVG wesentlich besser als sein Ruf, den Sie auch faktisch dadurch mies machen, dass Sie die soziale Komponente des KVG immer und immer wieder vereiteln.

Wir ziehen – ich sage dies nach Rücksprache mit den Unterzeichnenden – den Minderheitsantrag von 100 Prozent zu Gunsten des Minderheitsantrags von 70 Prozent zurück.

Wir hoffen, auf diese Weise wenigstens den 70 Prozent zum Durchbruch zu verhelfen.

Regierungsrätin Verena Diener: Eigentlich wollte ich mich heute nicht mehr gross zur Prämienverbilligung äussern, weil es seitens der Regierung nichts Neues zu sagen gibt. Aus den Ihnen bekannten Gründen der Finanzsituation des Kantons hält die Regierung an der fünfzigprozentigen Ausschöpfung fest.

Das Votum von Markus Werner braucht eine kurze Richtigstellung. Herr Werner, Sie haben gesagt, das Prämienverbilligungssystem sei familienfeindlich. Ich halte fest, dass die Prämienverbilligung kein Familienunterstützungsprogramm ist. Es geht darum, den sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft gezielt die Prämien zu verbilligen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, diese Prämien zu bezahlen. Das hat primär nichts mit dem Status einer Familie zu tun, sondern sehr klar mit Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Vielleicht wollten Sie aber sagen, es sei ein kinderfeindliches System. Das wäre ein Variante. Aber

Kinder sind nicht primär an eine Familie gebunden. Mindestens zeigt die Evaluation, dass die Frage der Kinder und der Kinderbetreuung nicht à priori nur in Familien geschieht, sondern sehr häufig bei alleinerziehenden Teilern, nämlich bei alleinerziehenden Vätern oder Müttern. Diesbezüglich zeigt die Evaluation aus dem Jahre 1997 klar, dass wir, was die Kinderfreundlichkeit anbelangt, zunehmend in ein System gekommen sind, bei dem gerade die Kinder bezugsberechtigt werden. 1999 gehen die Hälfte der Prämienverbilligungen an Kinder und an Jugendliche in Ausbildung bis zu 25 Jahren. Rund die Hälfte aus dem Topf der Prämienverbilligung, der direkt in die Verteilung gelangt, kommt den Kindern und den Jugendlichen zugute.

Ich gebe Ihnen bereits die Antwort zum CVP-Postulat. Die Regierung bittet Sie, das Postulat genau aus diesem Grund nicht zu überweisen. Die Kinder sind schon recht gut berücksichtigt. Wir haben aber sehr viele sozial Schwächere in unserer Gesellschaft, die nicht Kinder sind, sondern es sind hochbetagte oder alleinstehende Leute. Ich denke, wenn wir jetzt schon etwa die Hälfte der Prämienverbilligung für die Kinder und Jugendlichen zur Verfügung stellen, ist der andere Teil wirklich für die übrigen Mitglieder unserer Gesellschaft gedacht.

Astrid Kugler-Biedermann (LdU, Zürich): Ich finde diese Abstimmung so bemerkenswert, dass ich Ihnen beantrage,
sie unter Namensaufruf durchzuführen.

Abstimmung

Für den Antrag, die Abstimmung über die siebenzigprozentige Ausschöpfung der Prämienverbilligungen für die Krankenkassenprämien unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen 62 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Abstimmung unter Namensaufruf zum Minderheitsantrag Werner Scherrer, Konto 2700.3660

Für den Minderheitsantrag mit einer Saldoverschlechterung von 55,12 Mio. Franken stimmen folgende 72 Ratsmitglieder:

Aeschbacher Rudolf (EVP, Zürich); Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Baggenstos Toni (Grüne, Erlenbach); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bapst-Herzog Regina (SP, Zürich); Bolleter-Malcom Nancy (EVP, Seuzach); Bornhauser Martin (SP, Uster); Bucher Adrian (SP, Schleinikon); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Büchi Thomas (Grüne, Zürich); Büsser-Ber Marie-Therese (Grüne, Rüti); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Galladé Chantal (SP, Winterthur); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Gschwind Benedikt (LdU, Zürich); Guler Anna (SP, Zürich); Gurny Cassee Ruth (SP, Maur); Guyer-Vogelsang Esther (Grüne, Zürich); Hallauer-Mager Elisabeth (SP, Zürich); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Hollenstein Erich (LdU, Zürich); Holm Esther (Grüne, Horgen); Hunziker Wanner Barbara (Grüne, Rümlang); Illi Liselotte (SP, Bassersdorf); Kamm Silvia (Grüne, Bonstetten); Keller Ruedi (SP, Hochfelden); Kohler Trudi (SP, Pfäffikon); Kugler-Biedermann Astrid (LdU, Zürich); Kunz Helen (LdU, Opfikon); Lalli Emy (SP, Zürich); Lehmann-Cerquone Luzia (SP, Oberglatt); Mägli Ueli (SP, Zürich); Marty Kälin Barbara (SP, Gossau); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Moser-Cathrein Susi (SP, Urdorf); Müller Felix (Grüne, Winterthur); Müller Heidi (Grüne, Schlieren); Müller Thomas (EVP, Stäfa); Oser Peter (SP, Fischenthal); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Schaller Anton (LdU, Zürich); Scherrer Werner (EVP, Uster); Schmid Hansruedi (SP,

Richterswil); Schmid Ingrid (Grüne, Zürich); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Schwitter Stephan (CVP, Horgen); Speerli Stöckli Madeleine (SP, Horgen); Spieler Willy (SP, Küsnacht); Spillmann Charles (SP, Ottenbach); Stirnemann Peter (SP, Zürich); Talib-Benz Ursula (Grüne, Pfäffikon); Vischer Daniel (Grüne, Zürich); Vogel Josef (SP, Zürich); Volland Bettina (SP, Zürich); Vonlanthen Peter (SP, Oberengstringen); Waldner Liliane (SP, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Weil-Goldstein Anjuska (FraP!, Zürich); Weisshaupt Crista D. (SP, Uster); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zumbrunn Esther (DaP/LdU; Winterthur).

Gegen den Minderheitsantrag und für den Antrag des Regierungsrates stimmen folgende 89 Ratsmitglieder:

Abplanalp Peter (SVP, Oetwil a. S.); Ackeret Rudolf (SVP, Bassersdorf); Aisslinger Peter (FDP, Zürich); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Baumgartner Michel (FDP, Rafz); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bertschi Jean-Jacques (FDP, Wettswil a. A.); Biemann Peter F. (CVP, Zürich); Binder Fredi (SVP, Knonau); Bossard Kurt (SVP, Uster); Bretscher Christian (FDP, Birmensdorf); Briner Lukas (FDP, Uster); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Chanson Robert (FDP, Zürich); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Dähler Thomas (FDP, Zürich); De-Boni Emil (FDP, Hinwil); Dobler Bruno (parteilos, Lufingen); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Eugster Yvonne (CVP, Männedorf); Fierz Dorothee (FDP, Egg); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frey-Wettstein Franziska (FDP, Zürich); Gattiker Caspar-Vital (FDP, Zürich); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Gubler Bernhard Andreas (FDP, Pfäffikon); Gubser Werner (SVP, Zürich); Gut Ulrich E. (FDP, Küsnacht); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Heer Alfred (SVP, Zürich); Heinimann Armin (FDP, Illnau-Effretikon); Heitz Hans-Jacob (Liberale, Winterthur); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Hösly Balz (FDP, Zürich); Honegger Andreas (FDP, Zollikon); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Isler Thomas (FDP, Rüslikon); Jeker Rudolf (FDP, Regensdorf); Jucker Johann (SVP, Neerach); Jud Ernst (FDP, Hedingen); Krähenbühl Vilmar (SVP, Zürich); Krebs Kurt (SVP, Zürich); Kübler Eduard (FDP, Winterthur); Kuhn Bruno (SVP, Lindau); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a. A.); Leuthold Theo (SVP, Volketswil); Marti Peter (SVP, Winterthur); Metz Hans Rudolf (SD, Regensdorf); Mörgeli Christoph (SVP, Stäfa); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Niederhauser Peter (FDP, Wallisellen); Ott Fritz (FPS, Dübendorf); Peter Werner (SVP, Bülach); Pfister-Esslinger

Regula (FDP, Zürich); Portmann Hans-Peter (CVP, Zürich); Rappold Jörg N. (FDP, Küsnacht); Reber Klara (FDP, Winterthur); Rissi Alfred (FDP, Zürich); Rutschmann Hans (SVP, Rafz); Sägesser Rolf (FDP, Greifensee); Schaub Theo (FDP, Zürich); Schellenberg Georg (SVP, Zell); Schibli Ernst (SVP, Otelfingen); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Schwendimann Werner (SVP, Oberstammheim); Stirnimann Isidor Markus (FDP, Wädenswil); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stucki Richard (FDP, Andelfingen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thalman-Meyer Regula (FDP, Uster); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Vollenwyder Martin (FDP, Zürich); Weber Doris (FDP, Zürich); Weilenmann Richard (SVP, Buch am Irchel); Weiss Karl (FDP, Schlieren); Wenger Robert (SD, Zürich); Werner Markus J. (CVP, Dällikon); Wietlisbach Paul (SD, Zürich); Zopfi Helga (FDP, Thalwil); Züblin Hans-Peter (SVP, Weiningen); Zuppiger Bruno (SVP, Hinwil); Zweifel Paul (SVP, Zürich).

Enthalten hat sich kein Ratsmitglied.

Abwesend sind folgende 18 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Bachmann Oskar (SVP, Stäfa); Bachmann Roland (FDP, Horgen); Berset René (CVP, Bülach); Brändli Sebastian (SP, Zürich); Brunner Roland (SP, Rheinau); Cahannes Franz (SP, Zürich); Fehr Mario (SP, Adliswil); Förtsch Peter (Grüne, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Isler Ulrich (FDP, Seuzach); Jaun Dorothee (SP, Fällanden); Kessler Gustav (CVP, Dürnten); Peyer Jürg (FDP, Zürich); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Troesch-Schnyder Franziska (FDP, Zollikon); Winkler Ruedi (SP, Zürich); Ziegler-Leuzinger Regula (SP, Winterthur).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat der Ratspräsident.

Der Kantonsrat beschliesst mit 89 :72 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen.

Konto 2701, Tierseuchen- und Viehversicherungsfonds
Konto 2709, Kantonale Heilmittelkontrolle
Konto 2710, Kantonsapotheke

Konto 2711, Laboratorium des Kantonschemikers
Konto 2712, Zentralwäscherei Zürich
Konto 2713, Klinik für Alters- und Behindertenzahnmedizin
 Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2721 Universitätsspital Zürich
Konto 2721.3010, Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals
Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Beim Konto 3010 handelt es sich nur um eine formelle Umbuchung vom Konto 3180 zum Konto 3010. Das hat einen Zusammenhang zum Problem mit den Assistenzärzten, das wir bereits bereinigt haben.

Konto 2721.3010, Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals
Minderheitsantrag Bruno Zuppiger, Bruno Kuhn
 alt: Fr. 291'265'000
 neu: Fr. 288'265'000
 Verbesserung Fr. 3'000'000

Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil): Wenn ich zu diesem Antrag spreche, spreche ich gleichzeitig zur Reduktion beim Globalbudget des Kantonsspitals Winterthur und zur Reduktion bei der Psychiatrischen Universitätsklinik. Ich werde dann nicht mehr sprechen.

Bei diesen Anträgen geht es der SVP darum, dass auch hier die Sorge zum Ausdruck gebracht wird, dass die Gesundheitskosten immer weiter steigen. Wir beantragen eine Kürzung im Personalaufwand von 1 bis 1,5 Prozent, also durchaus in einem Bereich, der verantwortbar ist. Beim Universitätsspital sind es bei einem Personalaufwand von 291 Mio. Franken 3 Mio. Franken, beim Globalbudget des Kantonsspitals Winterthur – da betragen die Personalkosten unserer Berechnung nach etwa 80 Mio. Franken – sind es 1 Mio. Franken und bei der Psychiatrischen Universitätsklinik bei Personalkosten von etwa 60 Mio. Franken auch 1 Mio. Franken.

Mit diesen Anträgen wollen wir – das möchte ich hier zum Ausdruck bringen – nicht die Verhandlungen mit den Assistenzärzten torpedieren. Die SVP ist der Ansicht, dass Assistenzärzte wieder vermehrt Arbeit dort leisten sollten, wo die Arbeit ihrer Ausbildung entspricht und sie weiter ausgebildet werden können. Die Verbürokratisierung an der Front des Gesundheitswesens muss gestoppt werden. Wir wollen auch nicht bei den Assistenzarztstellen sparen. Wir wollen, dass in den Spitälern vermehrt nach ökonomischen Grundsätzen – auch bei den Chefärzten – geführt wird. So kann das Personal richtig eingesetzt werden.

Die SVP ist sich bewusst, dass die Spitäler im Kanton Zürich, die Ärzte und das Verwaltungspersonal nicht alle Schuld an der Misere im Gesundheitswesen zu tragen haben. In böser Vorahnung hat sich die SVP damals sehr klar gegen das neue Krankenversicherungsgesetz ausgesprochen. Also auch der SVP kann nicht alle Schuld an dieser Kostenentwicklung in die Schuhe geschoben werden.

Wir sind nicht der Ansicht, dass das Personal in den Spitälern schlechte Arbeit leistet. Wenn wir den Haushalt des Kantons Zürich anschauen, kommen wir zum Schluss, dass wir uns nicht mehr alles leisten können, auch im Bereich des Gesundheitswesens nicht. Wenn, wie Willy Spieler gesagt hat, niemand schuld sein will und kann, dass die Kosten im Gesundheitswesen stetig steigen, können wir auch den Staatshaushalt nicht in Ordnung bringen. Wenn Sie immer wieder mit den Prämien erhöhungen kommen, trifft es auf der anderen Seite wieder jemanden, der höhere Steuern und Gebühren zahlen muss. Das sind diejenigen Leute, die dem Mittelstand angehören. Diese vertreten Sie damit sicher nicht. Wir müssen den Haushalt – das habe ich bereits mehrmals ausgeführt – über die Reduktion der Aufgaben und damit der Ausgaben in den Griff bekommen.

Darum bitte ich Sie, diesen drei Anträgen der SVP zuzustimmen.

Silvia Kamm (Grüne, Bonstetten): Ich frage Bruno Zuppiger: Sie haben gesagt, dass wir uns nicht mehr alles leisten können. Das finde ich auch. Aber, was können wir uns nicht mehr leisten? Da würde ich gerne von Ihnen hören, was neu an den Spitälern nicht mehr gemacht werden soll. Welche Operation oder welche Bevölkerungsschichten sollen nicht mehr in den Genuss kommen? Wo wollen Sie sparen?

Christoph Schürch (SP, Winterthur): Herr Zuppiger, Sie wollen nach dem alten, billigen Rezept des pauschalen Sparens beim Personal dieser drei Betriebe sparen. Sie sagen nicht, bei welchem Personal. Wollen Sie denn bei den Chefärzten sparen? Wenn ja, sagen Sie es doch! Wollen Sie bei den Krankenschwestern sparen? Wenn ja, sagen Sie es doch! Wollen Sie bei der Putzfrau sparen? Wenn ja, sagen Sie es doch! Einfach pauschal beim Personal zu sparen, ohne zu sagen, wen es trifft und welche Leistungen reduziert werden müssen, das ist billigste Polemik. Noch etwas zu den Steuern und zum Mittelstand: Die Steuern werden bekanntlich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen, das heisst progressiv erhoben. Die Krankenkassenprämien sind Kopfprämien. Wir setzen uns schon lange dafür ein, dass die Kopfprämien abgeschafft werden. Da vermissen wir aber Ihre Unterstützung. Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Ich hätte eigentlich den Mehrheitsantrag vertreten. Ich mache es aber ganz kurz.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Es gibt hier keinen Mehrheitsantrag, Frau Bernasconi. Wir haben einen Minderheitsantrag, der behandelt wird.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Ich verzichte.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Wir haben es von Bruno Zuppiger gehört. Er will nicht bei den Assistenzärzten, sondern beim Betriebspersonal sparen. Wir haben alle gehört, dass die Assistenzärzte offenbar als Folge der schlechten Organisation in den Spitälern je länger je mehr Schreibkram erledigen müssen. Er will dort auch Leute wegnehmen. Ich frage mich langsam, ob man in Zukunft auf Krankengeschichten verzichten soll, ob man überhaupt nichts mehr aufschreiben soll und ob man, statt eine Rechnung zu begleichen, einen Harass Äpfel in die Spitäler bringen soll. Wir können doch nicht soweit gehen! Wir müssen dafür schauen, dass die Organisation verbessert wird und dass die Leute ein Auskommen haben. Es gibt nicht nur

die Assistenz- und Chefärzte. Es gibt auch das Hilfspersonal. Auch dabei soll also gespart werden. Heisst das, dass diese Leute, wenn sie zum Beispiel um sechs Uhr Feierabend haben, einfach gratis bis neun Uhr bleiben sollen? So quasi als Dienst am Nächsten? Diese Zeiten sind vorbei. Es geht darum, dass im Gesundheitswesen gesunde Löhne bezahlt werden. Deshalb ist der Antrag der SVP krank.

Ich bitte Sie, ihn abzulehnen.

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Ich bitte Sie namens der Finanzkommission den Minderheitsantrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Bruno Zuppiger und Bruno Kuhn, Konto 2721.3010, mit eindeutiger Mehrheit ab.

Konto 2721.3136, Medizinische Bedürfnisse

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2721.3136, Medizinische Bedürfnisse: Aufwandreduktion um 1 Mio. Franken.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Bei diesem Konto wurde kein Minderheitsantrag gestellt. Die Kürzung wird von der Finanzkommissionsmehrheit beantragt. Sie ist der Ansicht, die Steigung der Ausgaben für medizinische Bedürfnisse, zu denen nicht nur Medikamente, sondern vor allem auch andere medizinische Materialien gehören, zum Beispiel Verbandstoff, Blutkonserven und so weiter könne gekürzt werden und dann werde das aus irgendwelchen Gründen nicht mehr gebraucht. Wie dem auch sei, wir wollen es nicht dem Parlament überlassen, diese Fragen zu beantworten, sondern den Ärzten. Sie müssen entscheiden, ob sie den Patientinnen und Patienten dieses oder jenes verordnen. Sie sollten hingegen zur Kenntnis nehmen, dass Sie mit der Kürzung um 1 Mio. Franken nicht 1 Mio. Franken gespart haben. Wenn Sie die Aufwendungen für medizinische Bedürfnisse kürzen – das hat übrigens vor sechs Jahren auch Regierungsrat Peter Wiederkehr festgestellt –, dann muss man wissen, dass dieses Material damals zu 50 Prozent weiterverrechnet werden konnte. Mit anderen Worten: Wenn Sie diese eine Million Franken aus irgendwelchen Gründen, die ich nicht nachvollziehen kann, sparen wollen, müssen Sie auch auf Einnahmen verzichten.

Deshalb stelle ich den Antrag,

dass beim Konto 2721.4321, Vergütung für besondere Leistungen – das sind die Erträge für die medizinischen Bedürfnisse – ein Viertel gestrichen wird, nämlich 250'000 Franken.

Das hängt damit zusammen, dass man beim Aufwand kürzen will; das zum Thema seriöse Budgetierung.

Ich bitte Sie, meinen Minderheitsantrag um Minderertrag zu genehmigen.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Das ist an sich richtig. Es ist klar, wenn man auf der einen Seite weniger braucht, dass auf der anderen Seite auch weniger hereinkommt. Wir haben darauf verzichtet, dort zu korrigieren, da es sich nicht genau beziffern lässt.

Markus J. Werner (CVP, Dällikon): Ich widerspreche Susanne Bernasconi-Aeppli insofern, weil die Behauptung nur teilweise stimmt, die Adrian Bucher vorhin aufgestellt hat. Wir alle wissen, dass einem Patienten nicht jede Lutschtablette verrechnet wird, sondern dass selbstverständlich im Rahmen der Tagespauschale der Spitaltaxen auch gewisse Bedürfnisse, sprich Tabletten, Verbandszeug und so weiter abgegolten sind. Die Mindererträge, die herausgestrichen werden sollen, sind also gar nicht ausgewiesen.

Uns ging es aber um etwas anderes. Wir haben festgestellt, dass von der Gesundheitsdirektion der Antrag kam, vermehrt kostspieligere Medikamente und so weiter einzusetzen. Wir waren – da kommt Ursula Talib-Benz nachher noch dazu – innerhalb der Finanzkommission der Ansicht, dass man kostengünstigere Medikamente einsetzen sollte. Es hat sehr wohl Auswirkungen, wenn man niedrigere Gestehungskosten hat und andererseits die Einnahmen, sprich Spitaltaxen, gleich bleiben.

Ich ersuche Sie, den Antrag so zu belassen wie er ist.

Regierungsrätin Verena Diener: Ich denke, dass die Kostensteigerungen im Bereich der Medikamente und der Medizinalprodukte ein Sorgenkind der Gesundheitsdirektion sind. Es ist nicht zufällig, dass die Finanzkommission dazu gekommen ist, eine Million Franken zu streichen. Ich bin froh, dass Sie nicht eine Begründung geliefert haben, wieso ausgerechnet 1 Mio. und nicht 1,2 Mio. oder 900'000 Franken. Das erspart uns gegenseitig vielleicht nicht ganz plausible Erklärungen nach aussen. Ich nehme an, es war ein symbolischer Akt der Finanzkommission, den ich ein Stück weit nachvollziehen kann. Er ist aber

trotzdem willkürlich. Es ist im Moment politisch sehr schwierig, in bezug auf den Medikamentenverbrauch oder die Medizinalprodukte Einschränkungen zu machen. Das steht in ärztlicher Hoheit. Die Indikation stellt der Arzt oder die Ärztin. Wenn sich da die Politik einmischen will, brauchen wir eine fundiertere Diskussion als das, was wir im Moment hier im Raum haben.

Ich persönlich bin überzeugt, dass wir an diesen schwierigen Fragen nicht vorbeikommen. Ich habe es schon der Finanzkommission gesagt, wir haben im psychiatrischen Bereich Kostensteigerungen um 50 Prozent bei Medikamenten. Das sind neue Produkte mit weniger Nebenwirkungen. Ich bin gespannt, wie die Politik argumentiert, welche Medikamente man noch einsetzen kann und welche nicht. Es ist einfach, jetzt 1 Mio. Franken zu streichen. Ich kann Ihnen keine Garantie geben, dass das Universitätsspital wirklich diese eine Million Franken nicht braucht. Wir sind in diesem Jahr von den Kosten überrollt worden. Ich habe aufgrund der Entwicklung in diesem Jahr eine Controllinggruppe und den Kantonsapotheker eingesetzt. Wir sind daran, mit der Ärzteschaft auch die ökonomische Seite ihrer Indikationen zu diskutieren. Es geht um eine Schärfung des Bewusstseins, dass man neben den medizinischen Argumenten auch die ökonomischen Komponenten nicht vernachlässigen darf und kann. Was wir hier innerhalb von zehn Minuten relativ harmlos unter dem Stichwort 1 Mio. Franken abhandeln, das wird uns in den nächsten Jahren garantiert bis in die Tiefe herausfordern. Ich habe extern einen Bericht in Auftrag gegeben, um zu sehen wie wir im Kantonsrat eine politische Diskussion zu Leistungen führen könnten. Ich bin der Meinung, dass wir über Leistungsabbau diskutieren müssen. Die meisten haben sich noch davor gescheut. Sie wollen einfach weniger Kosten, scheuen aber das Wort Leistungsabbau im Gesundheitswesen. Ich bin an der Entwicklung, in welcher Form wir das im Parlament könnten, und zwar vielleicht im Rahmen der Globalbudgetierung im Gesundheitswesen, wo wir versuchen werden, Leistungsgruppen zu definieren, über die man nachher diskutieren kann.

Diese eine Million Franken ist willkürlich. Sie ist eine Zeichensetzung Ihrer Kommission. Ich übernehme keine Garantie dafür. Am Schluss bin ich wie Sie verpflichtet, die gebundenen Ausgaben zu bezahlen.

Ich werde es aber als Signal an das Universitätsspital mitnehmen, die ökonomischen Fragen im Bereich der Medizinalprodukte stärker zu gewichten.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission, Konto 2721.3136, Medizinische Bedürfnisse, Aufwandreduktion um 1 Mio. Franken. Der Rat stimmt dem Antrag mit 85 : 57 zu.

Abstimmung

Minderheitsantrag Adrian Bucher, Konto 2721.4321, Vergütung für besondere Leistungen, Minderertrag um 250'000 Franken. Der Rat lehnt den Antrag mit 75 : 60 Stimmen ab.

Konto 2721.3901, Vergütung an die Kantonsapotheke für Arzneien, Chemikalien und Medikamente

Ursula Talib-Benz (Grüne, Pfäffikon): Im Voranschlag 1998 waren für die Beschaffung von Arzneien, Chemikalien und Medikamentenverrechnung 46 Mio. Franken budgetiert. Im Voranschlag 1999 sind es bereits 55 Mio. Franken, also gegenüber dem Vorjahresvoranschlag 19,5 Prozent mehr! Bei den Nachtragskrediten für das Jahr 1998, III. Serie, wurde der Voranschlag um sage und schreibe 16 Mio. Franken, oder mehr als einen Drittel des budgetierten Betrags überschritten. Man stelle sich vor: Wo wir mühsam Posten um Posten zusammenstreichen, kann ein einzelner gewichtiger Posten einfach um 35 Prozent zulegen! Niemanden hier hat das gestört. Wenn ein Architekt solche Budgetüberschreitungen machen würde, gäbe es einen Skandal. Beim Unispital wird aber eine dermassen grosse Budgetüberschreitung damit belohnt, dass der Nachtragskredit problemlos bewilligt und der Voranschlag für 1999 um fast 20 Prozent aufgestockt wird. Ende 1999 können wir bei dieser bewährten Praxis vermutlich noch gewaltigere Nachtragskredite sprechen. Dem müssen wir vorbeugen. Ich stelle daher den Antrag,

die neu budgetierten 55 Mio. Franken so zu kürzen, dass eine deutliche Signalwirkung entsteht, nämlich um 3 Mio. Franken. Wir erhöhen also statt um 9 Mio. Franken nur um 6 Mio. Franken.

Ich begründe Ihnen das folgendermassen: Wie Sie alle wissen sind 1998, also in diesem Jahr, trotz Protest der Pharmaindustrie die Medikamentenpreise zweimal markant gesenkt worden. Daher wäre logischerweise zu erwarten, dass sich der Preisrückgang in diesem Posten niederschlagen würde, und zwar mit einer Abnahme und nicht mit einer Zunahme der Ausgaben.

Im Rahmen der Sparanstrengungen wird immer mehr die Verwendung von Generika oder sogenannten Nachahmerpräparaten gefordert. Diese sind chemisch identisch, also gar nicht etwa minderwertige Produkte, nur sind sie nicht von der gleichen Firma und oft weit günstiger. Ich kann Ihnen Beispiele nennen, bei denen der Preisunterschied, auch nach der zweiten Senkung der Medikamentenpreise, immer noch über 50 Prozent liegt. Die Uni- und Kantonsapotheken verwenden aber – wie die Kantonsapotheke im September 1998 auf meine Anfrage bekanntgab – nur gerade 0,3 Prozent ihres Gesamtumsatzes für Generika. Zum Vergleich: In verschiedenen Arztpraxen beträgt der Anteil rund 20 Prozent. In Deutschland liegt er bei 18 Prozent. Man kann sicher sagen, dass das Unispital rund 50- bis vielleicht 100mal mehr Generika verwenden könnte, als es das tut. Die Kantonsapotheke aber tut dies nicht, obwohl sie vom Spardruck Kenntnis hat. Man überschreitet einfach das Budget um einen Drittel. Gerade das Universitätsspital hat aber als Lehrinstitut die dringende Aufgabe, der Ärzteschaft diejenigen Medikamente bekanntzumachen, welche auch in den Arztpraxen bei gleichbleibender Qualität wohlweislich am kostengünstigsten sind. So lassen sich noch Krankenkassenkosten sparen.

Wenn wir nicht den Geldhahnen unlimitiert offenlassen, machen wir dem Universitätsspital und hoffentlich auch der Kantonsapotheke deutlich, dass wir es ernst meinen mit dem konsequenten Gebrauch von Generika respektive desjenigen gleichen chemischen Mittels, welches am kostengünstigsten ist.

Der erhöhte Kredit wurde übrigens mit neuen, sehr teuren Aidsmedikamenten sowie anderen neuen teuren Medikamenten begründet. Dass erstere, also die HIV-Medikamente, sehr teuer sind, ist bekannt. Doch erklären sie noch lange nicht, bei Zunahme des Budgets um einen Drittel, wo eine Abnahme hätte stattfinden sollen. Zudem gibt es sie seit Jahren. Bei den neuen Medikamenten ist am Anfang meist noch wenig über Nebenwirkungen bekannt. Mit zunehmendem Gebrauch treten aber mehr davon zu Tage. Zum Teil wird gerade deshalb vor ihnen gewarnt, weil sie noch unbekannte Überraschungen bieten. Ich

erinnere Sie nur an Viagra mit den Todesfällen. Das ist auch ein modernes, neues Mittel und hatte zu Beginn überhaupt keine Nebenwirkungen. Jetzt spricht man innerhalb kurzer Zeit schon von Toten.

So werden oft in Medikamentenratgebern sogenannte alte, dafür bekannte und bewährte Medikamente empfohlen. Die Begründungen für den riesigen Mehraufwand vermögen mitnichten zu überzeugen.

Ich bitte Sie daher: Sparen wir dort, wo es den Kranken nicht weh tut, da sie die gleiche Qualität mit einem identischen Präparat erhalten! Sparen wir dort, wo wir nicht den letzten Saft aus dem Spitalpersonal pressen! Sparen wir dort, wo überrissene Preise zu Riesengewinnen der Pharmaindustrie und zur Aushöhlung des Gesundheitswesens führen!

Ich bitte Sie, setzen Sie ein Zeichen und stimmen Sie meiner Budgetkürzung zu!

Im Anschluss daran werden wir ein Postulat zum vermehrten Gebrauch von Generika einreichen.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Regierungsrätin Verena Diener hat vorhin erwähnt, dass wir diese Diskussion auch in der Finanzkommission im Rahmen der Budgetberatung begonnen haben. Es ist sicher richtig, vermehrt das Kostenbewusstsein in diesem Bereich zu wecken. Wir sind jedoch der Meinung, dass man das nicht über eine Budgetkürzung machen sollte. Die FDP-Fraktion wird aber das Postulat von Ursula Talib unterstützen, damit nachher aufgrund von Fakten eine fundiertere Diskussion geführt werden kann. Es ist klar, dass das USZ für neue Medikamente prädestiniert ist. Es kommen laufend neue, teurere Medikamente auf den Markt. Andererseits könnte man Generika einsetzen. Man sollte sich vor allem überlegen, was das Ganze kostet. Das ist sicher eine Diskussion wert.

Dem Kürzungsantrag werden wir nicht zustimmen.

Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur): Gewissen Arzneimittel – Sie kennen sie – haftet der Geruch von politischer Machtstellung an. Das bestimmt da und dort klar das Preisniveau. Nach meinem Empfinden und bescheidenen diesbezüglichen Wissen stellen aber diese Generika durchaus einen Faktor des Markts dar. Es ist ein neues Element des Markts bei den Arzneimitteln. Ich bin der Meinung, dass wir

durchaus von dieser Marktentwicklung zu profitieren haben. Ich erinnere Sie an andere Gebiete, zum Beispiel bei der Elektronik, wo wir ähnliche Entwicklungen hatten. Frau Bernasconi, persönlich empfinde ich diesen Antrag von Ursula Talib nicht als eine reine Budgetkürzung, sondern dieser Antrag ist für mich klar ein Signal, im Sinne des Brechens einer unheilsamen Kostenentwicklung um nicht zu sagen -explosion. Regierungsrätin Verena Diener hat vorhin bei einem anderen Geschäft selbst gesagt, dass ihr diese Entwicklung bei den Arzneimitteln durchaus auch Kopfzerbrechen macht. So besehen liegt dieser Antrag grundsätzlich richtig. Er ist inhaltlich nachvollziehbar und zeigt finanzpolitisch eine inkonsequente Entwicklung auf, die sich mit dem Grundsatz unserer Sparbemühungen nicht mehr deckt. Wenn wir konsequent sein wollen, dann verdient der Antrag unsere Unterstützung.

Ich werde ihn als Noch-Einmann-Fraktion unterstützen.

Erika Ziltener (SP, Zürich): Die SP-Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag nicht. Die Mehrkosten im Konto 3901 resultieren zum grössten Teil aus neuen Medikamenten, die beispielsweise bei HIV-Therapien eingesetzt werden. Für neue Medikamente gibt es keine Generika. Grundsätzlich enthalten aber die Generika ein doppeltes Sparpotential: einmal dank dem kostengünstigeren Einkauf durch die Spitäler und Pflegeheime, das zweite Mal durch das Verschreiben und Einnehmen von günstigeren Medikamenten.

Wir werden deshalb das Postulat von Ursula Talib in Sachen Generika unterstützen.

Markus J. Werner (CVP, Dällikon): Ich weiss im Detail nicht so gut wie Erika Ziltener, wofür diese Medikamente sind. Tatsache ist, dass wir eine sehr hohe Budgetposition haben. Tatsache ist auch, dass wir in den letzten sieben Jahren, seit ich in diesem Rat bin, mindestens zweimal über Generika gesprochen haben und über die sehr unerfreuliche Tatsache, dass ihr Anteil in den Zürcher Spitälern und namentlich in der Uniklinik sehr gering ist. Wir haben auch thematisiert, dass die Medikamente gegenüber den ausländischen Verkaufsstellen phasenweise bis zu 50 Prozent teurer sind und dass man sehr wohl in diesem Bereich etwas unternehmen könnte.

Die CVP wird aber nicht nur das Postulat unterstützen, sondern auch den Antrag. Ich muss aber Ursula Talib sagen, dass wir nicht nur beim Konto 2721.3901 zustimmen werden, sondern gleichzeitig beantragen,

bei der Kantonsapotheke, Konto 2710.3130, den nämlichen Betrag zu streichen.

Sonst, Frau Talib, sparen Sie leider keine Schraube.

Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil): Wie Susanne Bernasconi ausgeführt hat, hat die Finanzkommission bereits intensiv über diese Kostenentwicklung bei den Medikamenten gesprochen. Die SVP hat dazu einen Kürzungsantrag eingebracht. Wenn Sie ihn nicht schriftlich vorliegen sehen, dann nur darum, weil wir bei vielen Kürzungsanträgen einfach den Kürzeren gezogen haben. Leider – da wurden wir innerhalb der Finanzkommission belehrt – können wir nicht in die Verantwortlichkeitshoheit der Ärzte eingreifen. Ich glaube, wir können aber damit ein Zeichen setzen. Frau Talib, ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Fraktionskollegen von mir Viagra nehmen, aber wenn schon einmal ein vernünftiger Kürzungsantrag von Ihrer Seite kommt, wird ihn die SVP sicher unterstützen.

Caspar-Vital Gattiker (FDP, Zürich): Bei diesem Kürzungsantrag könnte man dem Irrtum unterliegen, dass der Preis eines Medikaments etwas mit den Einkaufsbedingungen zu tun hat. Es kann sein, dass die Preise für Generika tiefer sind als diejenigen für Originalpräparate. Die Einkaufsbedingungen sind aber völlig andere Dinge. Sie haben oft keinen derart realen Bezug zum Verkaufspreis, weil die Firmen ganz andere Interessen haben, wenn sie ein Medikament in einem Spital zum Einsatz bringen wollen.

Das ist der Grund, weshalb wir den Kürzungsantrag nicht unterstützen. Wir denken, dass man das Postulat von Ursula Talib unterstützen sollte. Es kann allerdings sein, dass das ein Stich in eine Eiterbeule wird oder dass sich mit dem Aufgreifen dieses Themas eine Büchse der Pandora öffnet und verschiedene Dinge herauskommen, von denen man am Schluss nicht weiss, ob sie den Steuerzahler billiger zu stehen kommen als heute.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Wir haben vor einigen Minuten gehört, wie Regierungsrätin Verena Diener gesagt hat, dass es in dieser Sache eine Grundsatzdiskussion braucht. Gleichzeitig habe ich erfahren, dass die Gesundheitsdirektorin offenbar bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Ob Entgegennahme oder Nichtentgegennahme, auf jeden Fall braucht es heute, gerade weil die Diskussion schon seit Jahren läuft, ein Zeichen. Ich stelle fest, dass in den Betrieben des Gesundheitswesens der Spar-
druck beim Personal steigt. In krassm Gegensatz dazu stehen die explodierenden Kosten bei den Medikamenten. Ausgerechnet dort also, wo sich das grösste Sparpotential in den letzten Jahren ergeben hat. Ohne ein My an Qualität einzubüssen, könnten Generika verwendet werden. Generika werden aber – wir haben es gehört – in den kantonalen Spitälern und bei der Kantonsapotheke bloss in Promillehöhe gekauft, dies mit der Begründung – diese haben wir auch schon vor Jahren gehört –, die Pharmaindustrie biete attraktive Preise für Originalpräparate an. Die Pharmaindustrie weiss ganz genau, wie sie Abhängigkeitsketten schaffen kann, ebenso wie ein Buchklub das erste Buch einer ganzen Reihe billig abgibt oder wie ein Zeitungsverlag die ersten drei Monate eines Abonnements günstig abgibt.

Für das Gesundheitswesen ist klar, eine Abhängigkeit von einem teuren Präparat belastet nicht nur die Spitäler, sondern das gesamte Gesundheitswesen. Das müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir die Kosten in den Griff bekommen wollen.

Was der Kanton Zürich in diesem Bereich macht, ist nichts anderes als Wirtschaftsförderung. Der Kanton Zürich unterstützt den Kanton Basel.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Ich kann dem Zickzackkurs, der aus der Erklärung der SP und derjenigen von Susanne Bernasconi kommt, nichts abgewinnen.

Wenn schon ein Problem aus fachlicher Sicht geortet wird – es ist ein Problem, das heute besteht –, dann dürfen wir das so zur Kenntnis nehmen und hier ein Signal setzen. Wir dürfen es nicht mit einem Postulat aufschieben, das die Unverbindlichkeit über drei Jahre festhält. Wenn Regierungsrätin Verena Diener vorhin davon gesprochen hat, dass sie solche Signale in ihre Direktion und in die Spitäler mitnimmt,

sind wir doch heute bereit, den vernünftigen Antrag zu genehmigen und das Signal, dass in diesem Bereich bezüglich Kostenreduktion etwas passiert, mitzugeben.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Grünen Fraktion zuzustimmen.

Christoph Schürch (SP, Winterthur): Ich warne Sie vor der Illusion, dass Sie mit dem Antrag, viel mehr Generika einzusetzen, den Spareffekt haben, den man hier vorgaukelt. Natürlich ist es so, dass bei den einen Produkten Generika günstiger sind als die Originalpräparate. Ich erkläre Ihnen anhand eines Stoffs, des Paracetamols, dass es nicht ganz so einfach ist, wie Sie es jetzt darstellen. Bei Paracetamol sind die Originalpräparate billiger als die Generika. Bei den Brausetabletten und bei den Tabletten sind die Generika billiger als die Originalpräparate.

Vergessen Sie nicht, dass in diesem Posten auch die Zytostatika sind. Das sind Medikamente gegen Krebs und Alzheimer. Ich weiss, dass eine einzige Tablette eines Alzheimermedikaments mehrere Franken kostet. Da gibt es keine Generika.

Ich bitte Sie, das Postulat zwar zu unterstützen, weil tatsächlich ein Problem vorhanden ist, aber nicht die Budgetkürzung vorzunehmen.

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Der Kürzungsantrag von Ursula Talib hat Auswirkungen auf mindestens zwei weitere Konti. Bei der Kantonsapotheke wird es eine Ertragseinbusse geben, wenn man den Kürzungsantrag annimmt. Andererseits wird bei der Kantonsapotheke der Einkauf zurückgehen müssen. Es ist eine Illusion zu meinen, man könne hier rasch die richtige Zahl aus dem Handgelenk schütteln. Das ist nicht möglich. Man müsste seriösere Abklärungen machen.

Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Der Budgetkredit ist zum grossen Teil mit neuen Medikamenten begründet worden. Für diese gibt es noch keine Generika. Ich bitte Sie, den Budgetposten für das Jahr 1999 mit dem Rechnungsjahr 1997 zu vergleichen. Er hat ungefähr die gleiche Höhe. Das Budget 1998 war zwar tiefer, aber vermutlich haben wir dort auf Budgetkosmetik gemacht und nicht den richtigen Betrag eingesetzt. Das zeigen auch die Nachtragskredite. Wir mussten in diesem Jahr bei verschiedenen Positionen bei den Medikamenten Budgeterhöhungen machen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen und dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Alles andere wäre Kaffeesatz lesen.

Ursula Talib-Benz (Grüne, Pfäffikon): Ich denke, dass die Kantonsapotheke keine Marge von 50 Prozent auf den Medikamenten hat. Selbst wenn sie 10 Prozent hat, würde das bei 3 Mio. Franken 300'000 Franken ausmachen. Der Kürzungserfolg wäre immer noch 2,7 Mio. Franken. Daher denke ich, dass dieses Argument nicht sticht.

Zu Christoph Schürch: Als Beispiel kann ich Ponstan nennen, das ein Nachahmerpräparat hat. Das kostet heute – nach der zweiten Medikamentenpreisabnahme – nur 42,8 Prozent vom Preis von Ponstan. Ponstan ist ein Schmerzmittel. Es ist ein weitverbreitetes Medikament, das man problemlos durch ein analoges Präparat ersetzen kann, ohne dass qualitativ ein Problem entsteht.

Regierungsrätin Verena Diener: Die Regierung ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, weil die Frage der Generika mit in die Arbeitsgruppe hineingehört. Ich habe im Laufe dieses Jahres, als ich sah, wie die Medikamentenkosten vor allem in den universitären – da spreche ich absichtlich im Plural – Bereichen überall dort, wo Spitzenmedizin erbracht wird, steigen, die Arbeits- und Controllinggruppe eingesetzt. Das Postulat kann in diesem Zusammenhang durchaus Unterstützung bieten. Deshalb ist die Regierung bereit, das Postulat entgegenzunehmen, nicht unbedingt überall die Begründung, aber die Stossrichtung des Postulats.

Hingegen denke ich, dass die Kürzung einmal mehr willkürlich ist. Sie wollen ein Zeichen setzen. Sie haben beim Universitätsspital mit dieser einen Million Franken ein Zeichen gesetzt. Das, was Sie jetzt machen, ist nicht seriös. Ich getraue mich, das zu sagen. Das ist Willkür. Sie werden am Schluss die Rechnung entgegennehmen wie sie kommt. Das ist nicht der Sinn Ihrer Budgetierung. Budgetieren Sie so seriös, dass ich das nachher politisch gegenüber den Spitälern vertreten kann!

Eine markante Steigerung der Kosten im Bereich der Medikamente und der Medizinalprodukte erfolgt über neue Produkte. Diese neuen Produkte haben noch keine Generika. Dann sind wir bei der Leistungsdiskussion. Dann sind wir bei der Diskussion, ob wir zum Beispiel die neuen Aidsmedikamente noch einsetzen oder nicht, ob wir die wichtigen Immunmodulatoren bei der Transplantation einsetzen oder nicht und ob wir die neuen Kontrastmittel in der Radiologie einsetzen oder nicht. Das ist dann die zentrale Frage. Es hat keinen Sinn, jetzt

Augenwischerei zu betreiben. Diese Diskussion müssen wir fundierter führen als heute so schnell-schnell in der Budgetdebatte.

Ich bitte Sie, den Antrag von Ursula Talib-Benz abzulehnen.

Abstimmung

Antrag Ursula Talib-Benz, Konto 2721.3901, Universitätsspital, Vergütung an die Kantonsapotheke für Arzneien, Chemikalien und Medikamente, Aufwandreduktion um 3 Mio. Franken und damit verbunden in der Kantonsapotheke 2710.3130 eine Ausgabenreduktion und im Konto 4901 eine Einnahmenreduktion, die nicht genau bezifferbar sind. Der Rat lehnt den Antrag mit 74 : 61 Stimmen ab.

Konto 2721.5037, Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

Minderheitsantrag, Marie-Therese Büsser-Beer, Bruno Kuhn und Bruno Zuppiger

alt: Fr. 15'400'000

neu: Fr. 13'860'000

Verbesserung Fr. 1'540'000

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Ich habe mehrmals die Kürzungen in diesem Konto begründet und habe Sie nicht überzeugen können.

Ich ziehe hiermit diesen und alle folgenden Minderheitsanträge zum Konto 5037 zurück.

Konto 2722 Kantonsspital Winterthur, Globalbudget

Minderheitsantrag Bruno Zuppiger, Bruno Kuhn

Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Abschreibungen, Zinsen

alt: Fr. 23'136'760

neu: Fr. 22'136'760

Verbesserung Fr. 1'000'000

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Es handelt sich hier um den Minderheitsantrag der SVP, den Bruno Zuppiger vorhin bereits begründet hat. Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt diesen pauschalen Kürzungsantrag um 1 Mio. Franken ab.

Minderheitsantrag Christoph Schürch

Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Abschreibungen, Zinsen

alt: Fr. 23'136'760

neu: Fr. 24'091'760

Verschlechterung Fr. 955'000

Christoph Schürch (SP, Winterthur): Ich sage an dieser Stelle kurz etwas Grundsätzliches zur Sparpolitik des Regierungsrates und der Finanzkommissionsmehrheit bei der Gesundheitsdirektion.

Ich weiss nicht, ob Sie es auch hören. Ich jedenfalls höre das Alarmzeichen. Ich höre es, wenn eine Berufsgruppe wie die Ärztinnen und Ärzte streiken und von ihrem renommierten Berufsverband der Standesvertretung unterstützt werden. Ich höre es, wenn auf dem Buckel der Alten beim Krankenhaus Wülflingen gespart werden soll. Claudia Balocco wird sich in dieser Sache noch an Sie wenden. Ich höre es sogar extrem gut, wenn der Spitaldirektor des Kantonsspitals Winterthur, ein Mann, der ein Musterschüler im Sparen war, sagt, dass es so nicht mehr weitergehen kann. In der Tat, wenn nun bei der Ausbildung gespart wird, werden nicht einfach die Stellen von Herrn X oder Frau Y gestrichen, sondern, da wird das Gesundheitswesen in seinem Fundament untergraben. Fehlende Praktikumsplätze bedeuten weniger ausgebildetes, qualifiziertes Personal.

Jetzt komme ich konkret zum Antrag: die Leistungsgruppe Aus- und Weiterbildung beim Kantonsspital Winterthur. Es wurde während der Eintretensdebatte und bei den Direktionen, welche bereits beraten wurden, erwähnt, dass der Umgang der Finanzkommissionsmehrheit und der Regierung mit den Globalbudgets zu wünschen übriglässt. Ich zeige Ihnen am Kantonsspital Winterthur, was Sie dereinst zu verantworten haben. Das Kantonsspital Winterthur hat bereits für das Budget des laufenden Jahres 8 Mio. Franken seines ursprünglichen Budgets einsparen müssen. Für das nächste Jahr wird das Kantonsspital

Winterthur beauftragt, 4,3 Mio. Franken einzusparen, ohne dass Regierung und Finanzkommissionsmehrheit sagen, wo das zu geschehen hat. Ich weiss, die Budgethoheit liegt beim Parlament. Bis jetzt mindestens hat dieses Parlament noch keine verbindliche Budgetverantwortung übernommen. Dies überlassen Sie getrost den Betrieben und belasten das Personal über Gebühr, weil dieses bis jetzt alles daran gesetzt hat, von der parlamentarischen Sparhysterie nichts an die Kunden respektive die Patienten und Patientinnen weiterzugeben.

Der Spitaldirektor des Kantonsspitals Winterthur sagte denn auch, dass die 4,3 Mio. Franken Einsparungen nicht ohne Leistungseinbusse bewerkstelligt werden können, nur sage niemand, welche Leistungen abzubauen seien. So hat er den Rotstift an unseres Erachtens völlig falschen Orten angesetzt, nämlich auch bei der Aus- und Weiterbildung. Positiv zu erwähnen ist, dass im Globalbudget zu ersehen ist, in welchen Leistungsgruppen welcher Aufwand betrieben wird. Wenn Sie das vorliegende Globalbudget genehmigen, beschliessen Sie auch, dass weniger Praktikumsplätze für die Pflegeschülerinnen zur Verfügung stehen werden; dies trotz der Erkenntnis, dass an allen Kliniken immer noch ein Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal herrscht. Noch immer muss solches Personal im Ausland rekrutiert werden, um den einheimischen Bedarf zu decken. Auf eine Anfrage von Bernhard Andreas Gubler und mir schreibt die Gesundheitsdirektion am 2. September 1998: «Durch die Ausgangslage mit einerseits einem Mehrbedarf an Praktikumsplätzen, andererseits bevorstehenden Spitalschliessungen kann zumindest eine vorübergehend angespannte Situation entstehen.» Was das beim Kantonsspital Winterthur konkret in Zahlen ausgedrückt heisst, ist folgendes: Bei den insgesamt 284 Ausbildungsplätzen im Jahr 1998 sollen 35, das sind 14 Prozent, abgebaut werden; von 99 Plätzen bei den Pflegeberufen 16 Plätze, das sind 20 Prozent. Sie sparen also dort, wo anerkanntermassen und seit Jahren ein enormes Defizit an qualifizierten Arbeitskräften besteht, indem Sie dafür sorgen, dass die Krankenpflegeschulen noch mehr Schwierigkeiten haben, Praktikumsplätze für Schüler und Schülerinnen zu finden.

Ich weiss, es ist äusserst unpopulär, eine Erhöhung zu beantragen. Ich mache es trotzdem, weil ich grösste Sorgen haben. Für mich ist das ein Schlüsselkonto. Wenn Sie den Antrag ablehnen, werde ich auf

keinen Fall diesem Budget zustimmen können. Es geht um das Fundament des Gesundheitswesens im ganzen, wenn man beginnt, Praktikumsplätze abzubauen. Ich beantrage Ihnen,

bei dieser Leistungsgruppe 955'000 Franken gegenüber dem Voranschlag 1998 wieder aufzunehmen, das heisst nach altem Globalbudget bei Ergebnis vor Abschreibungen und Zinsen 23'136'760 Franken und neu 24'091'760 Franken.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Minderheitsantrag Chantal Galladé

Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Abschreibungen, Zinsen

alt: Fr. 23'136'760

neu: Fr. 23'208'760

Verschlechterung Fr. 72'000

Chantal Galladé (SP, Winterthur): Bei der Leistungsgruppe Mehrleistungen beantrage ich,

dass das Führen einer Kinderkrippe aufgenommen wird.

Dies hat eine Budgetverschlechterung von 72'000 Franken zur Folge, dafür eine Qualitätsverbesserung, die sich nicht in Franken beziffern lässt. Die Situation ist folgende: Am Kantonsspital Winterthur setzen sich die Angestellten seit längerer Zeit für die Einrichtung einer Kinderkrippe ein, bis jetzt allerdings ohne Erfolg. Das Bedürfnis einer Kinderkrippe kann aber nachgewiesen werden. Im Moment würden täglich knapp 20 Kinder eine Krippe des Kantonsspital Winterthur besuchen. Die heutige Möglichkeit, die Kinder täglich nach Wülflingen in die dortige Krippe zu bringen, lässt sich für viele Angestellte, gerade wenn sie auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, nicht realisieren. Gemäss Paragraph 5 des neuen Personalgesetzes sollen die Erfüllung der Familienpflicht und die Chancengleichheit von Mann und Frau verwirklicht werden. In einem Betrieb wie dem Kantonsspital Winterthur, in dem ein hoher Anteil der Beschäftigten Frauen sind und in dem Schicht gearbeitet wird, sind solche Leitlinien von besonderer Bedeutung. Würde man die Kosten der Kinderkrippe nach den üblichen Sätzen und Leitlinien der Stadt Winterthur berechnen, käme sie auf 202'000 Franken zu stehen. Dank ehrenamtlicher Arbeit und persönlichem Engagement kommt die Budgetberechnung dieser Kinderkrippe nur auf 120'000 Franken. Davon sind 40 Prozent, das heisst 48'000 Franken durch Elternbeiträge gesichert. Es fehlen also 72'000 Franken. Dazu kommt, dass in diesem Krippenkonzept ein ständiger, qualitativ

hochstehender Praktikumsplatz für eine Kleinkinderzieherin geschaffen würde.

Ich bin mir bewusst, dass dieser Antrag vom Betrag her in der Budgetdebatte etwas unverhältnismässig ist. Gerade hier liegt das Problem. Es ist ein Missstand, dass in einer Situation, in der Engagement vorhanden und das Bedürfnis nachgewiesen ist, nichts aber auch gar nichts läuft, weil gewisse Leute dies nicht wollen. Dieses Beispiel lässt sich auch auf andere Fälle übertragen. Die ausserfamiliäre Betreuung ist ein absolut zentraler Grundpfeiler für die Gleichberechtigung und die Chancengleichheit von Mann und Frau. Wenn wir diesen Antrag ablehnen, ist das Thema noch lange nicht vom Tisch.

Ein weiteres Beispiel aus Winterthur: Vor nicht allzu langer Zeit wurde eine Fachhochschule eröffnet. Wie in vielen anderen kantonalen Institutionen wurde dabei eines vergessen: der Bau einer Kinderkrippe. Ich weiss, dass Wunder etwas länger dauern. Ich habe Geduld.

Trotzdem, stimmen Sie meinem Antrag zu, um ein Zeichen zu setzen, und weil er gut ist!

Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil): Angesichts der klaren Stimmenverhältnisse,

ziehe ich meine beiden Anträge zu den Konti 2722 und 2730 zurück.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Es sind verschiedene Leistungsgruppen betroffen. Wir stimmen einzeln ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Christoph Schürch, Globalbudget, mit 88 : 51 Stimmen ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Chantal Galladé, Globalbudget, mit 80 : 72 Stimmen ab.

14952

Konto 2730, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Konto 2730.3010, Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2730.3136, Medizinische Bedürfnisse (nur Spitäler, Psych. Kliniken und Krankenhäuser)

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2730.3136, Medizinische Bedürfnisse, Aufwandreduktion um 50'000 Franken.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2730.3180, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2730.3180, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter, Aufwandreduktion um 100'000 Franken.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2732, Patienten in nichtstaatlichen Psychiatrischen Kliniken

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2733, Psychiatrische Klinik Rheinau

Konto 2733.3141, Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2733.3141, Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, Aufwandreduktion um 200'000 Franken.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FPD, Zürich): Die Mehrheit der Finanzkommission beantragt Ihnen eine Kürzung um 200'000 Franken. Wir sind der Meinung, dass sich die Psychiatrische Universitätsklinik ohnehin im Umbruch befindet, wobei ich mir im klaren bin, dass es natürlich die Inselklinik und die neue Klinik gibt.

Minderheitsantrag Marie-Therese Büsser-Beer

alt: Fr. 2'030'000

neu: Fr. 2'030'000

gemäss Antrag Regierungsrat

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rütli): Hier handelt es sich wirklich um den laufenden Unterhalt. Ich bin der Meinung, dass die

Kürzung in diesem Konto willkürlich ist. Dieses Konto tritt überall wieder auf. Nur hier und beim Zentrum Hard wurde das Unterhaltskonto ohne Begründung gekürzt. Es gibt dieses Konto auch in Amtsstellen mit viel höheren Budgets, zum Beispiel bei der Pöschwies, beim Universitätsspital Zürich und in der Psychiatrischen Universitätsklinik. Dort sind offenbar die Konti der Kürzung entgangen.

Generell ist zum Unterhalt zu sagen, dass dabei in den letzten Jahren massiv gespart worden ist. Im Voranschlag 1999 haben wir im Konto 3141 nicht mehr ganz 70 Mio. Franken total an Unterhalt. In der Rechnung 1995 waren es noch über 100 Mio. Franken. Das entspricht einer Kürzung um einen Drittel innert weniger Jahre.

Es ist nicht schlecht, dass hier gespart worden ist. Da bin ich einverstanden. Das fördert das Kostenbewusstsein, das ich Ihnen bei den Investitionen immer näher bringen wollte. Das Sparen am Unterhalt hat aber dort seine Grenzen, wo tatsächlich der Erhalt der Infrastruktur gefährdet ist. An diesem Punkt – das sagt der Baudirektor in jeder Budgetdebatte wieder – sind wir angelangt.

Die Investitionstätigkeit geht weiter. Sie sind nicht bereit, dort zu sparen. Deshalb bin ich der Meinung, dass auch am Unterhalt der Bauten, die wir aufstellen, nicht gespart werden kann. Wenn schon, beginnt das Sparen mit dem Aufstellen der Bauten und nicht mit deren Unterhalt.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Ich stelle den Antrag der Finanzkommission dem Antrag von Marie-Therese Büsser gegenüber.

Abstimmung

Der Rat stimmt dem Antrag der Finanzkommission mit 79 : 59 Stimmen zu.

Konto 2734, Krankenhaus Wülflingen, Globalbudget

Antrag der Finanzkommission zum Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Abschreibungen, Zinsen, Aufwandreduktion um 200'000 Franken.

Claudia Balocco (SP, Zürich): Der Regierungsrat hat uns im Novemberbrief eine Verschlechterung des Ergebnisses vor Abschreibungen und Zinsen beim Krankenhaus Wülflingen von 600'000 Franken beantragt. Dies, weil die Pflage tage zurückgegangen sind und folglich

Mindererträge bei den Pflögetaxen zu erwarten sind. Die Finanzkommission beantragt nun, hier wieder 200'000 Franken zu kürzen.

Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion bitte ich Sie, auf diese Kürzung zu verzichten.

Der Einnahmerückgang, welcher zur Verschlechterung der Rechnung führt, ist real. Er beträgt nicht nur 600'000 Franken, wie man annehmen könnte, sondern das Doppelte, nämlich 1,2 Mio. Franken. Die Hälfte der Einnahmefälle, also 600'000 Franken hat das Krankenhaus Wülflingen bereits durch einschneidende Sparmassnahmen kompensiert, so dass hier nur eine Einnahmenschlechterung von 600'000 erscheint. Die Hälfte der vorgesehenen Mindererträge ist bereits – bevor wir dies zu Gesicht bekommen haben – durch Sparmassnahmen in Wülflingen kompensiert worden. Wenn man das Budget des Krankenhauses Wülflingen nochmals um 200'000 Franken kürzen will, müssen noch mehr Einsparungen realisiert werden. Ist die Finanzkommission etwa der Ansicht, dass Personalkosten gespart werden können, wenn die Pflögetage zurückgehen? Dies ist jedenfalls nicht der Fall. Viele Aufgaben hängen nicht direkt davon ab, wieviele Patientinnen und Patienten im Moment im Krankenhaus sind. Als Beispiele erwähne ich den Nachtdienst, die Administration oder das Putzpersonal.

Die Bettenbelegung in Wülflingen ist zurückgegangen. Dies ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Investitionen in die Erhöhung des Standards des Heims aus Kostengründen nicht möglich waren und sind. Alle Zimmer in Wülflingen verfügen über keine Dusche, die meisten über kein WC. Wer kann, wird sicherlich etwas Komfortableres ausuchen.

Trotz Belegungsrückgang kann beim Personal nicht weiter gespart werden. Ich sage bewusst: nicht weiter gespart. Nach Auskunft der Klinikleitung wurden die budgetierten Besoldungen gegenüber dem Vorschlag 1998 schon einmal um 700'000 Franken gekürzt, obwohl in Wülflingen gemäss Stellenplan immer noch zehn bewilligte Stellen beim qualifizierten, diplomierten Pflegepersonal unbesetzt sind. Vor drei Jahren waren im Wülflingen per Nachtragskredit sechs zusätzliche Pflegestellen bewilligt worden, weil der Bedarf ausgewiesen und unbestritten war. Das qualifizierte Personal konnte aber nicht gefunden werden, so dass heute Hilfspersonal diese Arbeiten verrichtet. Dadurch wird die Rechnung des Krankenhauses Wülflingen schon heute ungewollt entlastet. Der Trend zur Verkürzung der Aufenthaltsdauer bei den Spitalaufenthalten, die oft einer Einweisung ins Pflegeheim vorausgehen, sowie die Tatsache, dass die Patientinnen und Patienten heute aufgrund der medizinischen Möglichkeiten länger am Leben bleiben, bedeuten für das Personal, dass der durchschnittliche Pflege- und

Betreuungsaufwand pro Patientin oder Patient in den letzten Jahren ständig gestiegen ist.

Aus all diesen Gründen ist dem Regierungsrat zuzustimmen, wenn er der Ansicht ist, dass eine weitere Kürzung der Personalkosten sicher nicht möglich ist, ohne die Pflegequalität zu gefährden. In Wülflingen besteht im Gegenteil erwiesenermassen immer noch ein Nachholbedarf an qualifiziertem Pflegepersonal. Auch ausserhalb des Personalbereichs besteht im Budget von Wülflingen kein Spielraum für Kürzungen.

Ich habe vorhin aufgezeigt, dass das Krankenhaus seinen Sparbeitrag genügend geleistet hat, nicht nur dieses Jahr, sondern auch in den vergangenen Jahren. Es wären im Gegenteil Investitionen nötig, nicht zuletzt zwecks Attraktivitätssteigerung. Ohne Abstriche bei der Qualität der erbrachten Dienstleistungen wäre die von der Finanzkommission beantragte Kürzung von 200'000 Franken nicht möglich.

Ich bitte Sie, den Kürzungsantrag der Finanzkommission abzulehnen. Ansonsten erwarte ich von Ihnen, dass Sie darlegen, welche Leistung in Wülflingen nicht mehr erbracht werden soll.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Ich bitte Sie, dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen. Die Auslastung von Wülflingen ist relativ schlecht. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass entsprechend die Kosten gesenkt werden müssen. Wo, das hat das Krankenhaus Wülflingen selbstverständlich die Freiheit zu sagen.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission, Konto 2734, Krankenhaus Wülflingen, Globalbudget, Kreditausweis Ergebnis vor Abschreibungen, Zinsen. Der Rat stimmt dem Antrag mit 87 : 54 Stimmen zu.

Konto 2735, Psychiatrie-Zentrum Hard, Embrach

Konto 2735.3010, Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Minderheitsantrag Adrian Bucher, Marie-Therese Büsser-Beer, Bernhard Egg und Liselotte Illi

alt: Fr. 27'626'000

neu: Fr. 27'746'000

Verschlechterung Fr. 120'000

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Ich bitte Sie, einen Moment Ihre Aufmerksamkeit diesem Antrag zu widmen, oder wenigstens meinen Worten. Ich versuche, die riesige Zahl von Zahlen lebendig zu machen. Der Antrag kommt nicht in der Form eines modernen Globalbudgets daher, sondern in der alten Form des Neuen Rechnungsmodells. Ich verlange, das Konto 3010 sei um 120'000 Franken aufzustocken. Das heisst natürlich nichts. In Tat und Wahrheit entscheiden wir heute, ob ein wichtiges Bein der Vier-Säulen-Drogenpolitik des Bundes im Zürcher Unterland noch durchgeführt werden kann.

Im Zürcher Unterland gibt es ein Ambulatorium, das sich der Sucht- und Drogenberatung von Jungen widmet. Es ist eine dezentrale Stelle des Psychiatriezentrums Hard. In letzter Zeit ist es deswegen im Unterland zu einigen Presseaufregungen gekommen. Es gab Leserbriefe, aber auch Menschen, die bei dieser Drogenberatungsstelle arbeiten, die sich an uns gewendet haben.

Ich bitte Sie deshalb, eine Kürzung des Regierungsrates zu einem sehr geringen Teil wieder aufzuheben. Das Psychiatriezentrum Hard bekam von der Regierung einen unglaublich harten Sparauftrag. Es musste 1,4 Mio. Franken sparen. Wie wurde das gemacht? Es wurden 14 Stellen gestrichen. Sie werden sagen: gut so. Ich sage Ihnen aber, es sind 13 Stellen im stationären und eine Stelle im ambulanten Bereich betroffen. Damit ist das Drogenambulatorium, die heutige Jugend- und Suchtberatung im Ambulatorium Bülach, gemeint.

Vor einigen Wochen, am 29. November 1998 wurde über die Drogen-Legalisierungsinitiative (Droleg) abgestimmt. Alle haben gesagt: Nein, wir unterstützen die Vier-Säulen-Politik des Bundes. Diese Vier-Säulen-Politik ist unter anderem – das kennen Sie – Prävention, Schadensminderung, Therapie und Repression. Wenn wir das Engagement aufgeben und diese eine Stelle, die das Drogenambulatorium Bülach betreut, streichen, was passiert dann? Dann passiert nichts anderes, als dass die Jungen, die eine dezentrale, ambulante Beratung brauchen, diese Beratung im Unterland nicht mehr finden. Was heisst das

wiederum, wenn die Beratungsstelle nicht mehr da ist? Da passieren zwei Dinge: Die einen dieser Jungen werden sagen, gut, dann gibt es diese Stelle nicht mehr. Wir können sie nicht mehr erreichen. Die anderen Jugendlichen, die vielleicht noch Willens sind und eine andere Führung haben sei es durch die Eltern oder Freunde, wandern vielleicht nach Zürich, um dort in die Beratungsstelle zu gehen. Wollen wir das? Wir können nicht wollen, dass die drogenabhängigen Jungen unbedingt nach Zürich müssen, obwohl es auch dezentral etwas gibt. Dann heisst es wiederum, die Stadt Zürich betreibe eine «Drogenverhätschelungs- oder eine Randgruppenverhätschelungspolitik». Deshalb ist es notwendig, dass wir auch im Zürcher Unterland, also dezentral, ein Ambulatorium haben. Wir müssen die Leute dort abholen, wo sie sind. Wenn Sie die Stadt Zürich von dieser Arbeit entlasten wollen, dann sollten Sie jetzt ein Gutes tun. Das können Sie, indem Sie sich zusammen mit mir für die 120'000 Franken für das Ambulatorium für Suchtberatung im Zürcher Unterland einsetzen.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Martin Mossdorf (FDP, Bülach): Ich habe eine Frage an Regierungsrätin Verena Diener. Wenn es stimmt, was Adrian Bucher gesagt hat, dann würde die Betreuung also in der Stadt Zürich erfolgen. Das heisst doch mit anderen Worten, dass diese 120'000 Franken einfach auf die Stadt Zürich verlegt werden, oder dass wir in einem Nachtragskredit später diese 120'000 Franken wieder einbringen. Stimmt das? Wenn das stimmt, stimme ich dem Minderheitsantrag zu.

Regierungsrätin Verena Diener: Das zeigt, dass wir wirklich an der Schmerzgrenze angekommen sind. Die Hard musste ein Sparpotential von knapp 1,5 Mio. Franken erbringen. Sie hat 14 Stellen streichen müssen, 13 davon im stationären Bereich, eine Stelle im Ambulatorium. Auch die 13 Stellen sind sehr schmerzlich für die Hard. Das Aggressionpotential in der Psychiatrie ist markant gewachsen. Das Bedrohungspotential für die Pflegenden ist gravierend. Ich werde Ihnen wahrscheinlich auch hier im nächsten Jahr eine unbequeme Botschaft überbringen müssen, wenn das so weiter geht. Die Akutpsychiatrie boomt. Unsere Gesellschaft mit all den Drucksituationen schlägt sich zusammen mit dem Gewaltpotential in der Psychiatrie nieder.

Zum Ambulatorium: Diese eine Stelle ist ein ganz wichtiger Teil der dezentralen Versorgung. Es schmerzt mich ausserordentlich, wenn wir diese Stelle im Ambulatorium nicht mehr besetzen können. Aber, mit diesen Sparvorgaben ist das nicht möglich. Ich konnte nicht alle 14

Stellen aus dem stationären Bereich lösen. Also bleibt nur noch die ambulante Behandlung, was übrigens auch von der Psychiatrie her – was die Dezentralität angeht – im Widerspruch steht.

Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Die jungen Menschen, die dieses Ambulatorium aufsuchen, suchen überhaupt keine Beratung mehr auf. Es ist aber nicht ohne Folgen, wenn diese Beratung wegbleibt. Oder sie suchen sich eine andere Stelle. Es kann sein, dass das in Zürich ist. Das kann man aber nicht lenken. Die jungen Menschen werden sich dorthin wenden, wo sie allenfalls das Vertrauen haben. Wenn diese Stellen nicht ganz ausgelastet sind, mögen sie das schlucken. Ich denke, das Gravierende ist, dass das Unterland seine dezentrale Drogenberatungsstelle verliert. Da hat Adrian Bucher recht.

Markus J. Werner (CVP, Dällikon): Es ist nicht üblich, dass ich nach einem Mitglied des Regierungsrates noch spreche. Frau Diener, ich habe etwas Mühe, dass Sie diesen Entscheid im Wissen getroffen haben, dass das Unterland nun die dezentrale Drogenberatungsstelle verliert. Weshalb geben Sie solche Sparvorgaben? (Heiterkeit). Ist es vielleicht nicht eher so, Frau Diener, dass die Leute im Psychiatriezentrum Hard, als sie diese Sparvorgaben erhalten haben, gewusst haben, dass auch andere Stellen im Unterland tätig sind und auch private Beratungsstellen namentlich im Bereich der ambulanten, psychiatrischen Therapiemassnahmen diesen Mehrbedarf auffangen können. Diese Antwort möchte ich vor der Abstimmung erhalten. Sonst habe ich hier ein ungu-tes Gefühl.

Regierungsrätin Verena Diener: Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, dass jetzt die Schmerzgrenze erreicht ist oder das, was Sie mit Luft oder Polster bezeichnen. Diese Bereiche sind weg. Es zeigt auch, dass die Regierung mit den Sparpaketen, die sie den einzelnen Direktionen zugewiesen hat, sehr unpopuläre Sparpakete übergeben hat. Ich habe diese Sparpakete aufgeteilt. Alle psychiatrischen Kliniken müssen ein Sparpaket übernehmen. Die Hard hat es nach bestem

Wissen und Gewissen übernommen. Jetzt kommen die unpopulären Massnahmen. Man kann nicht sparen und sparen und erwarten, dass man nie etwas davon spürt. Es war nicht irgendeine Kalkül der Klinik Hard, sondern sie hat nach bestem Wissen und Können das Sparpaket verteilt.

Was bleibt diesen jungen Menschen übrig? Es besteht die Möglichkeit, zu einem übergelaufenen Psychiater zu gehen. Nur, das muss ich Ihnen auch sagen, im Raume Dielsdorf hat es gar keinen niedergelassenen Psychiater. Damit ist diese Region in einem gewissen Sinne unterversorgt. Vielleicht meldet sich irgendeiner, der sich dort niederlassen will. Sonst liegt der Entscheid bei Ihnen.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Bis jetzt haben wir um Millionen gefeilscht. Hier geht es um 120'000 Franken. Das ist im Verhältnis zu den Millionen wenig Geld. Wenn wir mit diesen 120'000 Franken auch nur einen Menschen von den Drogen wegbringen, so haben sie sich sicher gelohnt.

Ich bitte Sie dringend, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Ich bin schon etwas erstaunt, dass hier auf Kosten des Kantons eine ambulante Drogenstation für eine Region bestellt wird. Wir im Limmattal führen ebenfalls eine ambulante Drogenberatungsstelle. Sie wird von unserem Gemeinde-Zweckverband selbst bezahlt. In diesem Kanton werden offensichtlich nicht in allen Regionen gleiche Angebote geleistet. Wenn das wirklich so ist, Frau Diener, werde ich in dieser Angelegenheit tätig werden. Das akzeptiere ich nicht. Ich habe immer gemeint, die Hard sei eine kantonale Angelegenheit und leiste hier etwas Zusätzliches zu den regionalen Angeboten. So etwas in der Art, wie Sie das vorhin dargelegt haben, könnte ich überhaupt nicht akzeptieren.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Minderheitsantrag Adrian Bucher, Marie-Therese Büsser-Beer, Bernhard Egg und Liselotte Illi, Konto 2735.3010, mit 75 : 68 Stimmen zu.

Konto 2735.3141, Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2735.3141, Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, Aufwandreduktion um 200'000 Franken.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2736, Klinik Sonnenbühl, Brütten

Konto 2737, Kinderpsychiatrischer Dienst

Konto 2740, Krankenpflegesschulen, Globalbudget

Konto 2750, Veterinäramt

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Budgetpostulat Christoph Schürch (SP, Winterthur), Claudia Balocco (SP, Zürich) und Erika Ziltener (SP, Zürich)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine verantwortbare Höchstarbeitszeit von unter 55 Stunden (exkl. Pikett, inkl. Fort- und Weiterbildung) für Assistenzärztinnen und -ärzte unverzüglich zu realisieren.

Christoph Schürch (SP, Winterthur): Mit dem Postulat fordern wir, dass die Arbeitszeit der Assistenzärztinnen und -ärzte unter 55 resp. 65 Stunden festgelegt werden soll. Das Postulat hat eine kurze Geschichte. Wir haben ursprünglich die 48-Stunden-Regelung formuliert. Der Regierungsrat hat mir dann signalisiert, dass er nicht bereit ist, das zu übernehmen, nur eine Version, bei der keine konkrete Zahl, sondern ein Trend formuliert sei. Heute ist mir gesagt worden, dass auch das Postulat mit diesem Trend unter 55 Stunden vom Regierungsrat nicht übernommen wird.

Ich bitte Sie trotzdem – mit den Begründungen, die wir heute abend ausführlich diskutiert haben –, das Postulat, das die Reduktion der Arbeitszeit der Assistenzärztinnen und -ärzte auf ein verantwortbares Mass unter 55 Stunden fordert, an den Regierungsrat zu überweisen.

Regierungsrätin Verena Diener: Die Regierung bittet Sie, das Postulat nicht zu überweisen, weil sie sich nicht heute schon die Hände binden will, wie die Gesamtarbeitsvertrags-Verhandlungen letztlich zu führen sind.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Postulat zu übernehmen. Der Rat hat zu entscheiden.

Erich Hollenstein (LdU, Zürich): Wir haben in dieser Diskussion gehört, dass das Führen des Gesundheitswesens nach medizinischem, technischem, gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und siedlungspolitischem Aspekt in enormen Spannungen steht. Wir haben auch gespürt, wie schwierig es zu führen ist.

Ich benutze die Gelegenheit, Regierungsrätin Verena Diener persönlich ganz herzlich für die Art und Weise zu danken, wie sie das Gespräch mit den Assistenzärzten auch in den Medien geführt hat. Das war keine leichte Sache. Ich denke, was auf sie zukommt, wird auch keine leichte Sache sein. Ich bitte deshalb alle in diesem Rat um Fairness, um Dialogbereitschaft mit und für Regierungsrätin Verena Diener. Sie wird das in den Verhandlungen schätzen. Sie strebt einen Weg an, der ein guter aber kein billiger Weg ist. Ich wünsche Ihnen – ich denke auch im Namen von den meisten von uns –, im neuen Jahr für diese Verhandlungen ein gutes Gelingen. Ich bin tief beeindruckt, von der Art und Weise wie Sie da Ihre Führungsqualität gezeigt haben. Es war keine leichte Aufgabe, die Sie hatten. Niemand von uns hätte das machen wollen. Es war für Sie keine leichte Zeit.

Ich denke auch, dass wir jetzt nicht zu viele Auflagen für diese Verhandlungen machen sollten. Regierungsrätin Verena Diener hat uns gesagt, in welcher Art sie die Verhandlungen führen will. Sie soll dort ihre Freiheit haben.

Deshalb werde ich das Postulat nicht unterstützen. Ich wünsche Ihnen für die Verhandlungen alles Gute und viel Gelingen und danke Ihnen ganz herzlich.

Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur): Nach der Neujahrsbotschaft des Herrn Pfarrer habe ich keinen Bedarf mehr.

Christoph Schürch (SP, Winterthur): Eigentlich wollten wir mit dem Postulat eine Brücke bauen zwischen dem, was gesetzlich festgeschrieben ist. Das haben wir heute abend ausführlich diskutiert. Das sind die 55 respektive 65 Stunden. Glauben Sie ja nicht, dass der Verband der Assistenz- und Oberärzte mit diesen 55 respektive 65 Stunden zufrieden ist. Der Verband will klar unter diese 55 respektive 65 Stunden gehen. In diesem Sinn ist das ein Auftrag und ein Brückenbau, der Regierung zu ermöglichen, unter diese 55 Stunden zu gehen.

Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt das Postulat mit 90 : 42 Stimmen ab.

Budgetpostulat Germain Mittaz (CVP, Dietikon) und Mitunterzeichnende

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird eingeladen, den Verteiler für die Prämienverbilligungsbeiträge der Krankenversicherung so zu gestalten, damit Familien mit Kindern besser entlastet werden.

Vom steuerbaren Gesamteinkommen ist ein zusätzlicher Kinderabzug in zunehmender Höhe nach Kinderzahl zu gewähren.

Germain Mittaz (CVP, Dietikon): Wir alle wissen es, die Krankenkassenprämien belasten die Familienbudgets immer stärker. Mit der Einführung des KVG gehören die Kinder zu den grössten Verlierern. Die soziale Komponente, die früher bei der Gestaltung der Kinderprämien gegolten hat – ich denke hier zum Beispiel an die Prämienbefreiung ab dem dritten Kind –, gibt es bei vielen Krankenkassen nicht mehr. Zusätzlich sind in den letzten Jahren die Kinderprämien stark erhöht worden. Die Leidtragenden sind vor allem Familien inklusive monoparentale Familien, Frau Diener, mit mehreren Kindern, die in bescheidenen Einkommensverhältnissen leben müssen. Ich habe Verständnis, wenn aus Vereinfachungsgründen zuerst der Steuerzettel als Grundlage für die Bemessung der Verbilligung genommen wird. Diese Betrachtung genügt allein aber nicht. Die Lebenshaltungskosten für Kinder sind bedeutend höher als die Kinderabzüge für die Steuerbemessung. Die Subventionierung der Krankenkassenprämien muss gerade hier besser zum Tragen kommen.

Mit diesem Postulat wird insgesamt kein zusätzliches Geld verlangt. Verlangt wird lediglich, dass die Kinder bei der Ermittlung des Verteilers besser berücksichtigt werden und somit die Familien, die mit bescheidenen Mitteln haushalten müssen, kostenverursachergerecht behandelt werden.

Wie aus der Begründung des Postulats klar hervorgeht, verlangen wir, dass zur heutigen Praxis ein zusätzlicher Kinderabzug in zunehmender Höhe nach Kinderzahl dazugeschlagen wird. Geben wir den Kindern zurück – gezielt zwar –, was ihnen vorher gesamthaft weggenommen worden ist!

Sie werden sagen, die Idee sei nicht neu. Das stimmt. Trotzdem hat die Idee an Aktualität nichts verloren. Frau Diener, Sie haben vorhin die Jugendlichen erwähnt. Das sind selbständige Steuerpflichtige. Wir wollen eine bessere Berücksichtigung der übrigen Kinder. Immer mehr Familien aus Arbeitnehmerkreisen und auch aus anderen Kreisen – ich nehme gerne eine Bestätigung von Leuten entgegen, die das Amt des Sozialvorstands in ihren Gemeinden haben – müssen bei der Fürsorge anklopfen, nicht zuletzt wegen der Krankenkassenprämien. Sehr oft machen die Krankenkassenprämien heute mehr als 10 Prozent eines Familienbudgets aus.

Ich hoffe, dass Sie den Vorstoss überweisen werden und danke für Ihre Unterstützung, obwohl Regierungsrätin Verena Diener vorhin offiziell gesagt hat, sie nehme das Postulat nicht entgegen.

Regierungsrätin Verena Diener: Wir haben Ihnen die Meinung der Regierung bereits bekanntgegeben. Sie haben sich entschieden, wie hoch die Summe im Topf ist, der zur Verteilung zur Verfügung steht. Jeden Franken, den Sie mehr in das System für Familien mit Kindern einspeisen, fehlt an einem anderen Ort. Rund 50 Prozent der Prämienverbilligungen gehen an Kinder und an die Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren, also an beide Gruppen, nicht nur an die eine Gruppe. Die anderen 50 Prozent sollten wir für die übrigen, sozial schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund will die Regierung das Postulat nicht entgegennehmen.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Der Rat hat zu entscheiden.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt das Postulat mit eindeutiger Mehrheit ab.

Budgetpostulat Ursula Talib-Benz (Grüne, Pfäffikon) und Mitunterzeichnende, KR-Nr. 489/1998

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird gebeten, die Mehrkosten aufzuzeigen, die im Kanton (Gesamtgesundheitskosten) anfallen, weil die Kantonsapothek in nur 0,3 Prozent ihres Umsatzes Generika (chemisch identische Nachahmerpräparate) statt in rund möglichen 20 Prozent verwendet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch die Ein- und Umstellung auf die teuren Originalmedikamente auch in den Arztpraxen höhere Kosten anfallen, da sich die Patientenschaft nicht wieder auf ein «billigeres» (wenn auch qualitativ ebenbürtiges Medikament) einstellen lassen will.

Der Regierungsrat wird zudem ersucht, den Weisungsweg aufzuzeigen, wodurch die Kantonsapothek und die angegliederten Spitäler zu einem konsequenten Gebrauch von Generika oder sonst dem billigsten von den ebenbürtigen, chemisch identischen Arzneien angehalten werden. Vor allem sind die Medikamentenlisten auf dem neuesten Stand zu führen und die Ärzteschaft entsprechend zu orientieren.

Weiter möge der Regierungsrat darlegen, wie die Kostentransparenz gewährleistet wird und wie die üblichen, von Grossfirmen bezahlten Extras wie Weiterbildungen, gesponserte Veranstaltungen, etc. verbucht werden.

Zudem sollen Kosteneinsparungen bei Arzneien durch den Parallel-Import aus dem Ausland geprüft und erzielt werden.

Als letzteres möge der Regierungsrat aufzeigen, wie es mit Tiefstpreisen dank Mengenrabatten (Dumpingpreisen) bestellt ist.

Ursula Talib-Benz (Grüne, Pfäffikon): Die finanziellen Gründe habe ich vorhin genannt. (Unruhe). Sie können die weiteren Gründe selber nachlesen. (Heiterkeit).

Regierungsrätin Verena Diener: Ich habe es in dieser Debatte schon gesagt, dass die Regierung bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, allerdings nicht die ganze Begründung. Die lesen Sie ja nachher noch.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Es wird kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. **Das Postulat ist überwiesen.**

28 Direktion der Fürsorge: neu unter Direktion für Soziales und Sicherheit.

Rückkommensantrag Peter Aisslinger

Peter Aisslinger (FDP, Zürich): Ich unterbreite Ihnen einen Rückkommensantrag zum gestrigen Oberstufenentscheid zu den Konti 2947, Lehrerbildung. Wir möchten auf diesen Beschluss zurückkommen.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Peter Aisslinger beantragt, auf den Beschluss von gestern bezüglich dem Antrag von Regierungsrat Ernst Buschor zurückzukommen. Dazu braucht es 20 Stimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat unterstützt den Rückkommensantrag mit 56 Stimmen.

Peter Aisslinger (FDP, Zürich): Ich bin überzeugt, dass gestern abend ein Fehlentscheid mit einem Zufallsmehr entstanden ist. Deshalb habe ich im Namen von Lucius Dürr, CVP, und von mir, diesen Rückkommensantrag eingereicht. Sie sind ihm gefolgt.

Die Begründungen, weshalb Englisch und die Ausbildung für die Englisch-Lehrkräfte jetzt wichtig sind, haben wir gestern abend gehört. Wir müssen die Argumentation nicht wiederholen.

Ich möchte angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht länger werden. Jörg N. Rappold hat gestern bei der Kaserne gesagt, unsere bedeutungslosen Meinungen seien gemacht. Heute können wir sagen, dass unsere bedeutenden Meinungen gemacht sind.

Ich bitte Sie, baldmöglichst abzustimmen und zu Gunsten der weiterbildungswilligen Lehrerschaft und der Jugendlichen, die nächsten Sommer mit dieser Englischausbildung beginnen wollen, dem Kreditantrag zu den Konti 2947 von Regierungsrat Ernst Buschor zuzustimmen.

Lucius Dürr (CVP, Zürich): Ich fasse mich ebenfalls kurz. Peter Aisslinger hat alles Wichtige gesagt. Aber noch etwas *Zusätzliches*: (*Heiterkeit*). Wir dürfen unseren Bildungsdirektor nicht dafür bestrafen, dass er die Fairness hatte, offen zu informieren. Es wäre ein Einfaches gewesen, im Nachhinein mit einem Nachtragskredit zu kommen. Dann wäre das Ganze mehr oder weniger harmlos über die Bühne gegangen. Er hat den schwierigeren, aber fairen Weg gewählt. Er hat offen dargelegt, um was es geht. Es geht um etwas Sinnvolles. Wir können Regierungsrat Ernst Buschor nicht, auch nicht um die Lehrerbildung nicht zu torpedieren, in der Wüste stehenlassen.

Ich bitte Sie, grosszügig zu sein, auch für die Lehrer. Wenn die Lehrer fortschrittlich sein wollen, kann es nicht der Kantonsrat sein, der den Fortschritt verhindert. Ich stelle – weil gestern das Ergebnis sehr knapp war und um die Präzision zu erleichtern – den Antrag,

die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Nancy Bolleter-Malcom (EVP, Seuzach): Teaching English in the 7th grade is an excellent idea. That the home economics teachers shall be given the chance to become English teachers is a good idea, too. I find it rather amazing that Professor Buschor thinks he can teach home economics teachers English within six months. Mr. Buschor, we will be glad to support this project when the plans to fulfill it are concrete and when the teachers will have sufficient time to be properly prepared.

Esther Zumbunn (DaP/LdU, Winterthur): Zugegeben, auch die LdU/DaP-Fraktion steht einigen Entscheiden von Regierungsrat Ernst Buschor kritisch gegenüber. Sein Tempo ist ausserordentlich. Mit jahrzehntealten schulpolitischen Gepflogenheiten räumt er innert Kürze auf. Seine Energie und sein Tatendrang sprengen die meisten Grenzen. Wer mithalten will, ist stark gefordert. Nicht nur Umdenken ist angesagt, sondern Ballast abwerfen und aufbrechen ist gefordert. Ich bin froh, dass Regierungsrat Ernst Buschor gestern abend ausdrücklich Stellung dafür genommen hat, dass die neuen Englisch-Lehrpersonen pädagogisch gut ausgebildet werden, dass für schwache Schülerinnen und Schüler eine Dispensationsmöglichkeit besteht und dass bald Französisch oder Englisch gewählt werden kann. Diese Tatsachen sollten es doch manchen Skeptikern und Skeptikerinnen leichter machen, sich für die 1,4 Mio. Franken zu entscheiden. Wollen Sie all jene bestrafen, die sich für die Englisch-Ausbildung angemeldet haben? Wollen Sie alle Schülerinnen und Schüler bestrafen, die sich total motiviert auf Englisch freuen.

Ich fordere Sie im Namen der LdU-Fraktion auf: Springen Sie über Ihren Schatten, beweisen Sie Tatendrang! Lassen Sie des Parlaments Mühlen schneller mahlen und stimmen Sie diesem Geld zu! Wir tun es, wie wir es gestern auch getan haben.

Willy Spieler (SP, Küsnacht): Ich bin etwas erstaunt, dass die FDP, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Schluss der Rednerliste beantragt, wenn sie unterliegt, offenbar bereit ist, ganze Debatten zu wiederholen.

Wir verwahren uns gegen das Präjudiz, dass einzelne Regierungsratsmitglieder ihre Budgetanträge nicht dem Regierungsrat unterbreiten, sondern direkt dem Parlament. Wenn Lucius Dürri vorhin gesagt hat, dass wir den Bildungsdirektor nicht in der Wüste stehenlassen wollen, dann habe ich den Eindruck, diese Wüste sei der Regierungsrat selber. Regierungsrat Ernst Buschor hat uns gestern mitgeteilt, er sei am letzten Mittwoch mit diesem Geschäft in den Regierungsrat gegangen, aber offensichtlich hat er vom Regierungsrat die notwendige Unterstützung nicht bekommen. Wir sollten ihm diese Unterstützung auch nicht gewähren. Soll sich doch der Regierungsrat selber darüber Gedanken machen, wie er mit der Kollegialität von Regierungsrat Ernst Buschor umgehen möchte – obwohl das Vorgehen durchaus legal ist, das Regierungsrat Ernst Buschor gewählt hat –, oder ob es Gründe gibt, die für eine gebundene Ausgabe sprechen und ob daraus einmal ein Nachtragskredit an den Kantonsrat abgeleitet werden könnte. Die Eile von Regierungsrat Ernst Buschor beruht auch nicht auf einem Notstand. Der Run der zahlreichen Hauswirtschaftslehrkräfte auf Englischkurse scheint mir bei vielen Betroffenen weniger der echten Neigung als viel mehr einer gewissen Verzweiflung zu entsprechen. Regierungsrat Ernst Buschor beruft sich auf einen Notstand, den er im Grunde selber hergestellt hat, beziehungsweise herstellen liess, nämlich durch den seltsamen Entscheid des Erziehungsrates vom 20. Oktober 1998. Ohne dringende Notwendigkeit wurde der obligatorische Englischunterricht auf das Schuljahr 1999/2000 festgesetzt. Zuvor hiess es noch, das sei der früheste Termin, nicht aber, das sei der einzig mögliche Termin, schon gar nicht, das sei der einzig vernünftige Termin. Dies mit nichtbudgetierten Mehrkosten von 1 Mio. Franken im Jahr 1999 und einer sukzessiven Steigerung bis zu 8,4 Mio. Franken im Jahr 2002. Davon entfallen zwei Drittel auf die Gemeinden und ein Drittel auf den Kanton. Der Erziehungsrat meint offensichtlich, er könne diese Ausgaben aus eigener Machtvollkommenheit generieren, nur, weil er für die Lektionentafel zuständig ist. Wenn das so wäre, hätte der Erziehungsrat mehr Befugnisse als der Regierungsrat und selbst als der Kantonsrat, der bei jährlich wiederkehrenden Ausgaben in dieser Grössenordnung wenigstens noch dem fakultativen Finanzreferendum unterliegen würde.

Wir erwarten eine Vorlage, die dem Beschluss des Erziehungsrates vom 20. Oktober 1998 entspricht. Über diese können wir dann in aller Ruhe entscheiden. Wir akzeptieren keinen Erziehungsrat als Nebenregierung, Nebenparlament oder gar beides zugleich, schon gar nicht, wenn dieser Bildungsrat künftig vom Regierungsrat gewählt wird und daher nur noch ein Stabsorgan des Herrn Bildungsdirektors sein wird.

Der gute Zweck des obligatorischen Englischunterrichts heiligt nicht das Mittel einer Verlüderung unserer finanzrechtlichen Kompetenzen, rechtfertigt auch nicht die Eile, mit der dieses Geschäft durchgepeitscht werden soll.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Ich spreche für einen Teil der Grünen. Dieser Teil hat seine Meinung seit gestern nicht geändert. Wir sind nach wie vor nicht gegen Englisch ab der ersten Oberstufe, aber wir wollen diese Einführung nicht im Schnellzugstempo. Uns fehlt das Konzept. Wie wollen wir in der Oberstufe Sprachen einführen? Welche Schülerinnen und Schüler sollen diese Sprachen nehmen? Was passiert mit denjenigen Schülerinnen und Schülern, die von diesen Sprachen dispensiert werden? Wir können sie nicht einfach auf die Strasse schicken. Wir können sie nicht einfach fallenlassen.

Wir sind nicht gegen Englisch. Wir wollen aber ein Konzept. Regierungsrat Ernst Buschor sagt immer so schön, dass er das Ziel eines Hauses der Bildung anstrebt. Dieses Bild gefällt mir so. Wenn man aber ein Haus baut, muss man zuerst das Fundament machen. Bei den Erneuerungen von Regierungsrat Ernst Buschor fehlen mir die Fundamente.

Ich möchte ein ganzes Sprachkonzept. Dann sind wir nicht mehr dagegen, dass Englisch eingeführt wird.

Ordnungsantrag

Ernst Schibli (SVP, Otelfingen): Ich beantrage Ihnen, an dieser Stelle
die Rednerliste zu dem Geschäft zu schliessen.

Zweitens bitte ich alle Rednerinnen und Redner, die noch aufgeführt sind, auf Ihr Votum zu verzichten, da wir nochmals das Gleiche hören, wie wir es bereits gestern gehört haben. Das bringt für die Meinungsbildung überhaupt nichts. Dann könnten wir vielleicht heute noch das Budget abschliessen.

Abstimmung zum Ordnungsantrag

Der Kantonsrat stimmt dem Ordnungsantrag mit eindeutiger Mehrheit zu.

Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur): Die Sprachgrenzen sind bekanntlich gefallen. Man spricht immer von Durchlässigkeit in der Bildung. Das tut gerade bei den Sprachen not. Wir haben jetzt Frühenglisch. Es ist nicht einzusehen, weshalb wir bei der Oberstufe eine Verzögerung einbauen. Die Lehrerbildung ist nötig. Sie haben kürzlich grundsätzlich dazu Ja gesagt. Sagen Sie auch bei der Sprachausbildung Ja! Wollen Sie etwa, dass die Schüler den Lehrern Englisch lehren? Heute ist es so, dass die Jungen bereits aus dem Englisch in die Mundart übersetzen. Das sind die Fakten. Es geht, Herr Spieler, um die Güterabwägung und nicht um Formalismen bezüglich der Budgetierung. Im übrigen ist es keine Verlüderung, sondern das ist für mich ein Zeichen der Führung, nämlich flexible Führung und die war transparent. Wägen Sie ab zwischen der Problematik, die Sie betreffend Budgetierung angesprochen haben und der Bildungsbedürfnisse unserer Bevölkerung und Jugend! Dann dürfte klar sein, wohin die Waagschale sich senken sollte. Im übrigen ist es mir letztlich lieber, den Turbo in der Hand als den Buschor auf dem Dach.

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): Die Lehrerschaft ist sehr positiv zum Englischunterricht eingestellt. Das wissen Sie. Das hat sie auch mit der Bereitschaft zur Weiterbildung klar dokumentiert. Die Oberstufenlehrer sind allerdings eindeutig der Auffassung, dass das Fremdsprachenkonzept mit dem grundsätzlichen Obligatorium für zwei Fremdsprachen für viele mittlere und schwächere Schülerinnen und Schüler völlig ungeeignet ist. Die Erfahrungen mit dem fakultativen Englischunterricht zeigen, dass rund die Hälfte der Realschüler und -schülerinnen eine gute Chance haben, zwei Fremdsprachen nebeneinander zu lernen. Was machen wir aber mit den halben Klassen, die nur in einer Fremdsprache mit Erfolg unterrichtet werden können? Bieten wir ihnen zum Beispiel Werkstattunterricht in Halbklassen an? Sind wir bereit, die erheblichen Mehrkosten mitzutragen, die aus einer Differenzierung

des Unterrichts entstehen? Stundenplantechnische Fragen sind überhaupt nicht geprüft worden. Ich habe bereits heftige Reaktionen von Schulpräsidenten erhalten, die sich fragen, wie ein schülergerechter Fremdsprachenunterricht mit Abwahlmöglichkeiten aussehen soll.

Ich erteile selber acht Lektionen Fremdsprachenunterricht und finde Spracharbeit eine erfüllende Aufgabe. Ich neige zu pädagogischem Optimismus. Ich warne aber davor, mit schwächeren und mittleren Schülern vieles zu beginnen und nichts zu festigen. Die neue Stundentafel ist nicht mehr ausgewogen. Der Trend geht zur Zeit Richtung Fremdsprachen. Es werden Hoffnungen geweckt, dass sich alle unsere Schüler bereits in der Volksschule zwei Fremdsprachen auf dem Niveau einer guten Verständigungskompetenz erwerben können. Mit Gymnasiasten und guten Sekundarschülern wird man diese Ziele mit Bestimmtheit erreichen können. Die Leichtigkeit des sprachlichen Aufnehmens ist aber noch lange nicht bei allen Kindern in hohem Masse vorhanden. Wenn Sie das diffizile Gleichgewicht von Kopf, Herz und Hand durcheinanderbringen, verlieren viele Schülerinnen und Schüler den Boden. Misserfolg stellt sich ein. Eine obligatorische Fremdsprache kann von allen Realschülern bewältigt werden. Die zweite Fremdsprache sollte als fakultatives Angebot in die Stundentafel aufgenommen werden. Akzeptiert man diese Forderung, so stellt sich unüberhörbar die Frage, welche Fremdsprache dies sein müsste. Umfragen haben ergeben, dass die grosse Mehrheit der Reallehrerinnen und -lehrer Englisch als erste Fremdsprache vorziehen würden. Bei den Jugendlichen sieht es ähnlich aus. Der Regierungsrat ist der heissen Fragen ausgewichen, ob Französisch oder Englisch an der Volksschule an erster Stelle stehen soll, indem alle Schüler alle Sprachen als praktisch gleichwertig nebeneinander lernen müssen. Ich gebe zu, die aufgeworfene Frage ist staatspolitisch äusserst brisant. Im Gegensatz zur Regierung bin ich nicht der Auffassung, dass diese Frage mit den Freunden in der Romandie zusammen schon ausdiskutiert ist.

Es geht meiner Meinung nach nicht an, dass schwächere Schüler für einen Missentscheid indirekt die Zeche bezahlen müssen. Es ist vorauszusehen, dass als nächstes der Ruf an unsere Schulen erfolgt, man müsse unbedingt im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich mehr Lektionen erteilen, da die Schweizer Jugendlichen in den angewandten Naturwissenschaften im weltweiten Vergleich zurückgefallen sind. Wird dann der Fremdsprachenbereich wieder zurückgestuft, oder die Hauswirtschaft ganz gestrichen, um dem nächsten Trend Genüge zu tun?

Sie sehen, solange die Studentafel nicht wesentlichen pädagogischen Kriterien genügt, ist es nicht opportun, den geforderten Zusatzkredit unbesehen zu bewilligen.

Esther Guyer-Vogelsang (Grüne, Zürich): Ich bestreite nicht, dass das Vorgehen des Bildungsdirektors Fragen aufwirft. In der Sache aber hat er recht. Willy Spieler, ich glaube, dass Reformen nie zum richtigen Zeitpunkt kommen. Sie kommen immer zu spät, zu früh oder sonst falsch. Englisch wird aber nicht bestritten, sowieso nicht an der Oberstufe. Man hat das Lehrmittel sowie willige Lehrkräfte, die die Kurse besuchen wollen, die zur Verfügung gestellt werden müssen. Es würde mir nie einfallen, weiterbildungswillige oder sogar weiterbildungswütige Lehrkräfte zu stoppen. Ich denke, dass das das falsche Mittel ist.

Wir haben die Hauswirtschaftslehrerinnen, die eine Stunde abgeben müssen. Es nützt jetzt nichts zu sagen, sie gehen, weil sie müssen oder weil sie eine Lösung suchen. Wir müssen die Lösung für ihre Probleme zur Verfügung stellen, oder mindestens einen Teil davon. Ein Sozialplan ist dann der andere Teil. Wenn wir dazu Nein sagen, was wollen Sie dann machen? Weiterwarten geht auch nicht, weil wir unseren Kindern die Chance, Englisch zu lernen, jetzt geben müssen. Es ist auf dem Lehrstellenmarkt gefragt.

Auch wenn die Nein-Sager-Koalition der letzten Sitzung zur Belustigung Anlass gibt, bitte ich Sie doch, Ihren Entscheid nochmals zu überdenken und vielleicht über den eigenen Schatten zu springen und den Kleinkrieg mit dem Bildungsdirektor irgendwo anders auszutragen, nicht gerade da, wo es unsere Jugendlichen betrifft, die wirklich nötig und dringend, diese Englischstunden brauchen.

Ueli Mägli (SP, Zürich): Ich betone nochmals, es ist sicher richtig, dass Englischunterricht eingeführt wird. Dagegen wehren wir uns nicht. Aber gegen die Art und Weise wie vorgegangen wird, und vor allem auch die Euphorie, die beim Bildungsdirektor ausgebrochen ist und in ein Tempo ausgeartet ist, dass selbst seine engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit nicht mehr mitkommen. Wenn das Bodenpersonal findet, dass das in dieser kurzen Zeit nicht eingeführt werden kann, muss uns das zum Nachdenken bringen. Ich zitiere aus einem Interview, das zu den Fragen des Gesamtsprachenkonzepts im Zürcher Lehrerinnen- und Lehrer-Magazin erschienen ist. Ein Vertreter der Didaktikausbildung der Sekundarstufe I hat den Wunsch geäußert, dass keine vorschnellen Entscheide gefällt werden. Eine fundierte Vorarbeit ist

massgeblich für die Weiterentwicklung. Das sagt ein Fachmann, der sich tagtäglich mit diesen Fragen beschäftigt.

Es kommt aber noch besser: Die Chefbeamtin in der Bildungsdirektion, Regina Fretz, die für die Unterrichtsinhalte auf der Volksebene zuständig ist, hat hier folgende Äusserung gemacht. – Ich bitte Sie, Herr Bildungsdirektor, das zur Kenntnis zu nehmen, nicht dass Sie das Gleiche machen müssen wie der Finanzdirektor, nämlich eine langfristige Umfrage bei Ihrem Personal durchführen, um dann festzustellen, dass eine Misstimmung vorhanden ist. – Sie sagt folgendes: «Das ist ja der Kern des Ganzen. Das ist ja die Crux des Ganzen. Sowohl unter den Leuten, die Entscheidungskompetenz haben, als auch unter denen, die für die Vorbereitungen zuständig sind, gibt es solche, die gern schnelle Entscheidungen treffen. Auf der anderen Seite sind wir in der Bildungsdirektion von der Arbeitskapazität her am Anschlag. Die ganz grosse Gefahr ist die, dass man diese Arbeit nicht anpackt, nämlich auch das Gesamtsprachenkonzept, weil dafür eine zusätzliche Stelle geschaffen werden müsste für eine Person, die sich vollumfänglich den aufwendigen Vorbereitungsarbeiten widmen könnte.» Wenn Ihnen diese Bedenken nichts bedeuten und Sie diese einfach mit einem Handtuch vom Tisch fegen wollen, dann weiss ich nicht mehr, ob das eine gute Personalführung ist.

Sie sehen, es gibt Bedenken von Fachleuten, die das in die Praxis umsetzen müssen. Sie dürfen in Ihrer Euphorie, die ich ein Stück weit gut verstehen kann, nicht abheben, sondern Sie müssen auf dem Boden bleiben und ein Konzept ausarbeiten und zu gegebener Zeit einen Nachtragskredit beantragen. Wenn das gemacht wird, können wir es sicher unterstützen.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Wenn ich Willy Spieler richtig verstanden habe, ist er eigentlich aus finanzpolitisch-formalen Gründen gegen den Antrag des Bildungsdirektors respektive des Regierungsrates. Ich gehe davon aus, dass ein Antrag vorliegt, vielleicht von Bildungsdirektor Ernst Buschor, vielleicht vom Regierungsrat. Das weiss ich nicht. Nachdem sich aber Regierungspräsident Eric Honegger gestern nicht gegen den Antrag seines Bildungsdirektors gewehrt hat, durften wir davon ausgehen, dass der Gesamtsprachenrat gleicher Meinung ist wie der Bildungsdirektor. An sich ist es mir Wurst, was die Regierung intern verhandelt. Solange sie sich vor dem Rat nicht gegen ihr eigenes Mitglied wehrt, gehen wir davon aus, ein einzelner Regierungsrat spreche im Interesse des Gesamtsprachenrates. Herr Regierungspräsident, Sie sind aufgefordert, uns andere Ansinnen kundzutun, sollte dem so sein.

Willy Spieler hat einen berechtigten Einwand vorgebracht: die Übermacht des Erziehungsrates. Dieser Argumentation stimme ich bei. Ich glaube nur nicht, dass wir damit an der Allmacht des Erziehungsrates etwas ändern, wenn wir den Kredit heute nicht gutheissen.

Herr Mägli, das ist ein interessantes Zitat, das Sie vorgelesen haben. Nur, wenn Sie heute Nein sagen, ändern Sie die internen Verhältnisse in der Bildungsdirektion damit auch nicht. Sie haben vielleicht bis übermorgen einen kleinen Triumph, Regierungsrat Ernst Buschor gestraft zu haben, aber die Öffentlichkeit interessiert das nicht wahnsinnig. Sie sagt, dass der Erziehungsrat mit Englisch im Gegensatz zu anderen Ansinnen auf das richtige Pferd setzt.

Ich spreche nicht gerne pro domo, aber meine 11- und 14-jährigen Kinder sagen das Gleiche. Wenn ich an Elternabende gehe, habe ich das Gefühl, es knistert. Die Leute warten, dass endlich etwas passiert. Ein Nein von heute wird als Torpedierung dieses Ansinnens des Erziehungsrates interpretiert. Sie wollen ja immer Zeichen setzen, den ganzen Abend schon. Das wäre vielleicht ein falsches Zeichen.

Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil a. A.): Ich beschränke mich auf eine Frage und konkretisiere die Bemerkung von Daniel Vischer. Teilen die anwesenden Regierungsmitglieder die tiefende Fürsorge von Willy Spieler, dass Regierungsrat Ernst Buschor unkollegial ist, dass er die Regierungsgeschäfte verludern lässt und dass alles in der Regierung auseinanderfällt? Ist diese Verfehlung derart gravierend, dass wir nun ein volles Jahr, Herr Spieler, die Zeit anhalten, nachdem alles bereit ist: die Lehrmittel, die Lehrkräfte, die Eltern, die Schüler und die Konzepte? Englisch ist das bestbekannte Fach überhaupt. Diese Fragen interessieren mich. Wenn tatsächlich die Regierungsratsmitglieder in ihrer Würde so tief verletzt sind, dass sie dieses Jahr grundlos opfern wollen, dann stimme ich diesem Servitut auch nicht zu.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Mein lieber Herr Spieler, Sie haben ja so recht. Es gibt keinen Regierungsratsbeschluss. Aber wenn Sie heute abend schon einen juristischen Eiertanz aufführen, sollten Sie vielleicht einmal die Verfassung des Kantons Zürich lesen. Dort hat jeder Regierungsrat das Recht in der Budgetdebatte eigenständige Anträge zu stellen. (*Zwischenruf Mario Fehr: Aber nicht die Präsidentin der Finanzkommission*). Sie ist auch nicht Regierungsrätin. Sie wird es wohl auch nie.

Herr Spieler, es ist zeitlich kurzfristig. Ich muss sagen, der Höhepunkt von Bernhard Egg gestern in der Debatte war, als er die rhetorische

Frage gestellt hat: «Weshalb ist es Zeit?» Es ist Zeit, weil ihre Genossinnen und Genossen in Deutschland ein Wort erfunden haben, das «Reformstau» heisst. Bei einem Reformstau ist es leider Gottes so, wenn einmal wirklich etwas geschieht – beim Englisch, da mache ich Regierungsrat Ernst Buschor ein Kompliment, ist etwas geschehen –, dann kommt das Wasser und das fliesst. Man benutzt die Gelegenheit, endlich etwas zu tun. Englisch ist die Lingua franca der Geschäftssprache geworden. Englisch ist heute ein absolut essentielles Element der Grundausbildung. Englisch ist eine unabdingbare Voraussetzung in unserem Dienstleistungsland. Englisch ist Voraussetzung für Informatikkenntnisse. Jetzt kommen Sie und machen eine kleinliche, kleinkrämerische, formalistische Pirouette um diesen Beschluss herum. Sie vergessen dabei, meine Damen und Herren von der SP, denen soviel an politischer Kultur liegt, dass Sie damit ein Zeichen setzen, und zwar ein falsches Zeichen, indem das Parlament ein müdes Schulterzucken übrig hat für die Bedürfnisse der Jugend. Wenn wir heute abend den Beschluss von gestern bestätigen würden, dann geschieht wirklich das, was Hamlet am Schluss gesagt hat: «The rest ist silence.»

Thomas Büchi (Grüne, Zürich): Herr Hösly, Sie dürfen mich einschliessen in Ihre Schelte. Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: I'm an English teacher and very much interested in teaching young people English.

Was Willy Spieler gesagt hat, das ist vielleicht der Nachteil eines Rückkommensantrags. Sie kennen Willy Spieler. Er hat sorgfältig recherchiert. Er hat recht. Er hat auf der ganzen Linie recht. Es geht nicht um die 1,5 Mio. Franken, überhaupt nicht. Es geht darum, dass

der Erziehungsrat, dazu ist er zuständig, die Lektionentafel ändern kann. Aber, es war immer die Meinung dieses Parlaments und des Gesetzgebers, das wenn er die Lektionentafel so ändert, dass die Lehrkräfte des Kantons Zürich neu ausgebildet werden müssen – das haben wir beim Französisch durchgespielt –, dass dann über einen Kredit, wenn er die laufenden Kompetenzen des Parlaments überschreitet, abzustimmen ist. Das haben wir beim Französisch gemacht. Was machen wir jetzt, wenn wir die 1,5 Mio. Franken ins Budget einstellen? Was machen Sie dann nächstes Jahr? (Zwischenruf: Englisch lernen). (Heiterkeit). Das fände ich schön. Vielleicht würde dann die Debatte etwas kürzer. Regierungspräsident Eric Honegger kann sich dann ins Fäustchen lachen und ich auch. Sagen Sie dann bei den 3 Mio. Franken, die nächstes Jahr kommen, das sind natürlich gebundene Ausgaben, denn wir haben schon 1,5 Mio. Franken zugestimmt.

Willy Spieler hat finanztechnisch recht. Es fällt mir nicht leicht, hier zu stehen. Ich habe das letzte Mal zugestimmt. Ich habe meine Interessenbindung offengelegt. Ich unterrichte Englisch. Ich denke, es ist entscheidend. Hier spreche ich aber als Kantonsrat. Ich werde heute dagegen stimmen. Ich denke, dass ich in den zwölf Jahren meines Politisierens noch nie in einer Abstimmung meine Ansicht geändert habe. Wenn Willy Spieler recht hat, dann hat er recht. (Heiterkeit). Ich bin selbst erstaunt, über diese Aussage. Aber es ist so.

Etwas weiteres: Regierungsrat Ernst Buschor ist ein cleverer Mann. Er spricht Englisch. Das zeichnet ihn aus. Er ist ein Turbo. Er will das Bildungssystem revolutionieren. Da habe ich nichts dagegen. Aber von solchen Leadern – das ist auch Englisch, das ist auch anglosaxon – verlange ich, dass sie auch an die Details denken. Sonst sind sie keine Leader, sondern etwas anderes. Ich will es nicht sagen. Vielleicht muss er durch diese Wüste. Ich bin sicher, es wird ihm nicht schaden. Ich stimme dagegen.

Regierungspräsident Eric Honegger: Ich spreche als Präsident des Regierungskollegiums und darf Ihnen sagen, dass nach wie vor Verlautbarungen von der Regierungsbank von jedem einzelnen Mitglied des Regierungsrates so aufzufassen sind, dass sie von der Regierung gedeckt sind. Das gilt auch für den Vorstoss von Regierungsrat Ernst Buschor. Er hat zwar mit seinem Antrag einen Formfehler begangen.

Den haben Sie entdeckt. Ich gratuliere Ihnen dazu. Auch der Regierungsrat hat ihn entdeckt. Das hat zu einer Auseinandersetzung in einer der letzten Regierungssitzungen geführt. Inhaltlich teilt der Regierungsrat die Auffassung von Regierungsrat Ernst Buschor, was den Englischunterricht für die Lehrer der Oberstufe betrifft. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie den Antrag unterstützen.

Die zeitlichen Verhältnisse waren für Kollege Ernst Buschor nicht sehr einfach. Der Erziehungsrat hat Ende Oktober 1998 beschlossen. Die Termine für eine Aufnahme dieses Kredits in den Novemberbrief waren bereits verflossen. Es hätte allenfalls die Möglichkeit bestanden, in einer Regierungssitzung dazwischen, einen Entscheid des Regierungsrates zu erwirken und diesen auf irgendeinem Weg der Finanzkommission zuhanden der Debatte im Kantonsrat zukommen zu lassen. Das ist nicht geschehen. Wir haben auch im Regierungsrat den Antrag zu spät erhalten. Nun liegt er auf dem Tisch. Ich bitte Sie, aus einer Mücke keinen Elefanten zu machen. Nur wegen eines Formfehlers einen Entscheid abzulehnen, von dem Sie alle zusammen überzeugt sind, dass er notwendig ist, das wäre doch dieser Sache nicht dienlich.

Regierungsrat Ernst Buschor: Ich möchte nicht zu allen Äusserungen von Willy Spieler, die teilweise Verdrehungen der gestrigen Debatte sind, Stellung nehmen.

Zu Thomas Büchi: Es trifft zu, dass Kredite über der Referendums-grenze in der Vergangenheit bei Grossprojekten wie Lehrplan als Kreditbeschluss unterbreitet worden sind. Unter 2 Mio. Franken wurden sie im Freifach- und im eigentlichen Fachbereich mit Budgetbeschluss genehmigt. Der Kredit liegt mit 1,5 Mio. Franken darunter. Das trifft in diesem Sinne für die Praxis zu.

Zur Gebundenheit möchte ich aus Zeitgründen nicht lange ausholen. Die Frage ist recht komplex. Da ich Sie nicht damit hinhalten möchte, bin ich der Meinung, dass wir jetzt mit Parlamentsentscheid diese Sache beschliessen. Wenn Sie den Entscheid von gestern bestätigen, bedeutet das eine Verschiebung um ein Jahr. Wenn Sie den Kredit dennoch bewilligen, bei dem Ueli Mägli eine Stelle innehat, die Regina Fretz angesprochen hat, dann können wir Englisch im Herbst 1999/2000 einführen. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir einige Kurse absagen.

Ich habe heute eine Aussprache gehabt mit der Gruppe, die sich mit Sofort- und Sozialmassnahmen befasst. Gerade von den Haushaltlehrerinnen wurde unterstrichen, dass sie die jetzt geplanten Massnahmen wünschen, weil sich zwei Probleme überlagern, erstens die Ablösung der Fachkräfte durch Fächergruppenkräfte. Zweitens wünschen diejenigen Lehrerinnen, die jetzt in der Ausbildung stehen, dass sie ein breiteres Programm von Lernmöglichkeiten haben im Dienste ihres besseren Einsatzes in der Zukunft. Bewilligen Sie den Kredit nicht, erschweren Sie sogar die Übergangsprobleme für eine wesentliche Gruppe, notabene fast ausschliesslich Frauen. Ich will nicht in weitere Details gehen.

Ich unterstreiche, dass sich mehrere hundert Lehrkräfte mit ihren Familienangehörigen entschieden haben, solche Sprachurlaube in den Ferien zu nehmen, in der Freizeit Englisch zu lernen und – wie ich heute in Telefonaten gehört habe – sich schwer tun werden, wenn sie das nicht können. Ich überlasse dann Willy Spieler das Unterschreiben der 650 Briefe.

11'000 Kinder freuen sich überwiegend auf den Englischunterricht. Die Schulpräsidenten wollen das Projekt realisieren, mit bis jetzt einer Ausnahme. Die Eltern haben mir auch heute klare Signale gesetzt. Bitte enttäuschen Sie alle diese Personen und vor allem unsere Jugend nicht!

Abstimmung

Für den Antrag, die Abstimmung über den Kreditbeschluss für den Englischunterricht an der Oberstufe unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen 32 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Persönliche Erklärung

Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich): Ich bin innerlich zerrissen und aufgewühlt, nicht wegen der klugen Argumente, die ich hüben und drüben gehört habe, sondern aus einem viel profaneren Grund. Heute

morgen hat mein Sohn den Tages Anzeiger gelesen und mich gefragt, wie ich mich gestern zum Englischunterricht verhalten habe. Ich habe ihm gesagt, dass noch alles offen ist, da heute ein Rückkommensantrag eingereicht werde. (Heiterkeit).

Wenn ich Regierungsrat Ernst Buschors Antrag ablehne, dann kriege ich von meinem Sohn Haue. Wenn ich Regierungsrat Ernst Buschor zustimme, dann zieht man mir in der Fraktion die Ohren lang. Zwecks Schonung meiner physischen und psychischen Integrität werde ich mich der Stimme enthalten. (Heiterkeit).

Die Beratungen werden fortgesetzt.

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Herr Bildungsdirektor, Sie haben uns gestern eine Kompensation auf dem Konto 5037 angeboten. Gilt das Angebot noch oder nicht mehr?

Regierungsrat Ernst Buschor: Sie hatten an diesem Angebot nicht so Freude. Wenn Sie es wünschen, nehmen wir es mit auf. Dann stelle ich den Antrag, das auch zu tun.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Sie machen es nicht leicht, Herr Regierungsrat.

Regierungsrat Ernst Buschor: Also dann mache ich es nicht. Ich habe keinen Antrag gestellt. Der Antrag stammt von Peter Aisslinger. Es bleibt dabei.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Peter Aisslinger beantragt, diese drei Konti zu verändern. Wenn jemand einen anderen Antrag stellt, Rückkommen beschliessen will, müssen wir das getrennt durchführen. Es geht jetzt darum, diesen Kredit von 1,535 Mio. Franken zu bewilligen oder abzulehnen.

Abstimmung unter Namensaufruf zum Rückkommensantrag Peter Aisslinger, Konto 2947.3010 eine Verschlechterung um 100'000 Franken, Konto 2947.3020 um 787'500 Franken und im Konto 2947.3091 um 647'500 Franken im Totalbetrag von 1'535'000 Franken

Für den Rückkommensantrag mit einer Saldoverschlechterung von 1,535 Mio. Franken stimmen folgende 80 Ratsmitglieder:

Ackeret Rudolf (SVP, Bassersdorf); Aisslinger Peter (FDP, Zürich); Baggenstos Toni (Grüne, Erlenbach); Baumgartner Michel (FDP, Rafz); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Berset René (CVP, Bülach); Bertschi Jean-Jacques (FDP, Wettswil a. A.); Biemann Peter F. (CVP, Zürich); Bretscher Christian (FDP, Birmensdorf); Briner Lukas (FDP, Uster); Büsser-Ber Marie-Therese (Grüne, Rüti); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Chanson Robert (FDP, Zürich); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Dähler Thomas (FDP, Zürich); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Eugster Yvonne (CVP, Männedorf); Fierz Dorothee (FDP, Egg); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frey-Wettstein Franziska (FDP, Zürich); Germann Willy (CVP, Winterthur); Gschwind Benedikt (LdU, Zürich); Gubler Bernhard Andreas (FDP, Pfäffikon); Gubser Werner (SVP, Zürich); Gut Ulrich E. (FDP, Küsnacht); Guyer-Vogelsang Esther (Grüne, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Heinimann Armin (FDP, Illnau-Effretikon); Heitz Hans-Jacob (Liberale, Winterthur); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Hösly Balz (FDP, Zürich); Hollenstein Erich (LdU, Zürich); Holm Esther (Grüne, Horgen); Honegger Andreas (FDP, Zollikon); Isler Thomas (FDP, Rüschlikon); Jeker Rudolf (FDP, Regensdorf); Jud Ernst (FDP, Hedingen); Krebs Kurt (SVP, Zürich); Kübler Eduard (FDP, Winterthur); Kugler-Biedermann Astrid (LdU, Zürich); Kuhn Bruno (SVP, Lindau); Kunz Helen (LdU, Opfikon); Leuthold Theo (SVP, Volketswil); Marti Peter (SVP, Winterthur); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Mörgeli Christoph (SVP, Stäfa); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Felix (Grüne, Winterthur); Niederhauser Peter (FDP, Wallisellen); Pfister-Esslinger Regula (FDP, Zürich); Portmann Hans-Peter (CVP, Zürich); Rappold Jörg N. (FDP, Küsnacht); Reber Klara (FDP, Winterthur); Rissi Alfred (FDP, Zürich); Rutschmann Hans (SVP, Rafz); Sägesser Rolf (FDP, Greifensee); Schaller Anton (LdU, Zürich); Schaub Theo (FDP, Zürich); Schellenberg Georg (SVP, Zell); Schmid Ingrid (Grüne, Zürich); Schneebeili Hanspeter (FDP, Zürich); Schwitter Stephan (CVP, Horgen); Stirnimann Isidor Markus (FDP, Wädenswil); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stucki Richard (FDP, Andelfingen); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Vischer Daniel (Grüne, Zürich); Vollenwyder Martin (FDP,

Zürich); Weber Doris (FDP, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Weiss Karl (FDP, Schlieren); Werner Markus J. (CVP, Dällikon); Zopfi Helga (FDP, Thalwil); Züblin Hans-Peter (SVP, Weiningen); Zumbunn Esther (DaP/LdU, Winterthur); Zweifel Paul (SVP, Zürich).

Gegen den Rückkommensantrag stimmen folgende 76 Ratsmitglieder:
Abplanalp Peter (SVP, Oetwil a. S.); Aeschbacher Rudolf (EVP, Zürich); Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Arnet Esther (SP, Dietikon); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bapst-Herzog Regina (SP, Zürich); Binder Fredi (SVP, Knonau); Bolleter-Malcom Nancy (EVP, Seuzach); Bornhauser Martin (SP, Uster); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Bucher Adrian (SP, Schleinikon); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Büchi Thomas (Grüne, Zürich); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Egg Bernhard (SP, Elgg); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Fehr Mario (SP, Adliswil); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Galladé Chantal (SP, Winterthur); Gattiker Caspar-Vital (FDP, Zürich); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Guler Anna (SP, Zürich); Gurny Cassee Ruth (SP, Maur); Hallauer-Mager Elisabeth (SP, Zürich); Heer Alfred (SVP, Zürich); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hunziker Wanner Barbara (Grüne, Rümlang); Illi Liselotte (SP, Bassersdorf); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kamm Silvia (Grüne, Bonstetten); Keller Ruedi (SP, Hochfelden); Kohler Trudi (SP, Pfäffikon); Krähenbühl Vilmar (SVP, Zürich); Lalli Emy (SP, Zürich); Lehmann Cerquone Luzia (SP, Oberglatt); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a. A.); Mägli Ueli (SP, Zürich); Marty Kälin Barbara (SP, Gossau); Metz Hans Rudolf (SD, Regensdorf); Müller Heidi (Grüne, Schlieren); Müller Thomas (EVP, Stäfa); Oser Peter (SP, Fischenthal); Peter Werner (SVP, Bülach); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scherrer Werner (EVP, Uster); Schibli Ernst (SVP, Otelfingen); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schmid Hansruedi (SP, Richterswil); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Schwendimann Werner (SVP, Oberstammheim); Speerli Madeleine (SP, Horgen); Spieler Willy (SP,

Küsnacht); Spillmann Charles (SP, Ottenbach); Stirnemann Peter (SP, Zürich); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Talib-Benz Ursula (Grüne, Pfäffikon); Vogel Josef (SP, Zürich); Volland Bettina (SP, Zürich); Waldner Liliane (SP, Zürich); Weil-Goldstein Anjuska (FraP!, Zürich); Weilenmann Richard (SVP, Buch am Irchel); Weisshaupt Crista D. (SP, Uster); Wenger Robert (SD, Zürich); Wietlisbach Paul (SD, Zürich); Ziegler-Leuzinger Regula (SP, Winterthur); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zuppiger Bruno (SVP, Hinwil).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 4 Ratsmitglieder:

Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); De-Boni Emil (FDP, Hinwil); Moser-Cathrein Susi (SP, Urdorf); Vonlanthen Peter (SP, Oberengstringen).

Abwesend sind folgende 19 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Bachmann Oskar (SVP, Stäfa); Bachmann Roland (FPS, Horgen); Brändli Sebastian (SP, Zürich); Brunner Roland (SP, Rheinau); Cahannes Franz (SP, Zürich); Dobler Bruno (parteilos, Lufingen); Förtsch Peter (Grüne, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Isler Ulrich (FDP, Seuzach); Jaun Dorothee (SP, Fällanden); Kessler Gustav (CVP, Dürnten); Ott Fritz (FPS, Dübendorf); Peyer Jürg (FDP, Zürich); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Troesch-Schnyder Franziska (FDP, Zollikon); Winkler Ruedi (SP, Zürich).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat der Ratspräsident.

Der Kantonsrat beschliesst mit 80 : 76 Stimmen, dem Antrag von Regierungsrat Ernst Buschor für einen Kredit von 1,535 Mio. Franken, zuzustimmen.

II. Übersichten

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III. Unselbständige staatliche Unternehmungen

90 Gebäudeversicherung

91 Beamtenversicherungskasse

9200 Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich, Globalbudget

Keine Bemerkungen; genehmigt.

93 Verkehrsverbund

Konto 9300 Verkehrsverbund

Antrag der Finanzkommission zu Konto 9300.3010, Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Kürzung um 200'000 Franken.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

IV. Selbständige staatliche Unternehmungen

Konto 9600, Universität Zürich, Globalbudget

Konto 9700, Fachhochschulen und Höhere Fachschulen, Globalbudget

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Thomas Büchi (Grüne, Zürich): Ich bin mir nicht ganz sicher. Wenn ich der Einzige bin, verstehe ich, wenn Sie weitermachen wollen. Sollte es jedoch eine Austretensdebatte geben, mache ich Ihnen beliebt, sie zu verschieben. Sie müssen das wissen, Herr Präsident.

Die Grüne Fraktion hat zu Beginn der Budgetberatungen klar gemacht, dass sie auf das Budget eintreten und es nicht einfach von Anfang an zurückweisen wird und dass sie mit Verbesserungsvorschlägen konstruktiv zu diesem Budget 1999 beitragen will. Die Bilanz nach diesen fünf Halbtagen fällt für uns ernüchternd aus. Wir werden das Budget 1999 aus drei Gründen ablehnen.

Der Regierungsrat hat bei den Investitionsausgaben – wir haben immer wieder darauf hingewiesen –, obschon der Finanzplan für die Zukunft düster aussieht, nicht in dem Masse gespart, wie wir es für vernünftig, glaubwürdig und vor allem für die kommenden Generationen verträglich erachten. Es ist Ihrerseits immer wieder das Bild des guten Haushalts bemüht worden. Ich weise nochmals darauf hin, dass ein Budget, das besonders im Strassenbau aber auch in anderen Bereichen Investitionen tätigt, die uns ganz klar Folgekosten in Form von gebundenen Kosten für Unterhalt und Abschreibungen – (Unruhe) ich bin mit Ihnen einverstanden. Ich würde auch lieber heimgehen, aber der

Präsident muss entscheiden, ob die Austretensdebatte noch geführt wird oder nicht. Dann bitte ich Sie doch um etwas Ruhe – aufzwingen werden, für die Grüne Fraktion im jetzt bewilligten Rahmen nicht zu verantworten ist.

Das Budget ist – auch darauf haben wir hingewiesen – geschönt. Es ist ein politisches Budget, das auf jeden Fall, wahrscheinlich im Hinblick auf die Wahlen, schwarze Zahlen aufzuweisen hat. Ein Budget, das den Lastenausgleich, dem der Rat mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hat und das das Einstellen der vom Bundesgericht anerkannten Lohnnachforderungen einer ganzen Berufsgruppe, die nicht auf der Sonnenseite des Lohns steht, nämlich der Handarbeitslehrerinnen, nicht enthält, ist nicht seriös. Es ist ein Budget, das auf dem Buckel derjenigen, die heute schon unter den hohen Prämien der Krankenkassen leiden, aber auch auf dem Buckel jener ausgetragen wird, die langzeitarbeitslos sind und denen man rigoros – schon vom Regierungsrat her, nachher nochmals in diesem Rat – die notwendigen Gelder gestrichen und verweigert hat. Ein solches Budget, ist nicht unser Budget.

Die Grüne Fraktion lehnt das Budget ab, das von einer bürgerlich dominierten Finanzkommission und einem eben solchen Rat beim Naturschutz in einem Ausmass spart, dem wir Grünen selbstverständlich nicht zustimmen können.

Das AWEL – Sie haben es mitbekommen, wir haben uns dafür eingesetzt – ist jenes Amt, das selbst nach den Aussagen des heute leider abwesenden Baudirektors grösstmögliche Transparenz im Globalbudget ausgewiesen hat. Dieses Amt wurde für seine Transparenz und seine Vorreiterrolle in der neuen Budgetierung von der Finanzkommission und letztlich vom Rat nur bestraft.

Die Umsetzung eines zukunftsweisenden Projekts, nämlich eines Projekts, das effizient die Strukturen im Gesundheitswesen verbessern will, das Projekt LORAS, ist mit den von Ihnen durchgekommenen Streichungsergebnissen gefährdet.

Last but not least sind die Assistenzärzte – ich möchte fast sagen, einmal mehr – in der Budgetdebatte politisch missbraucht worden. Ich erinnere mich gut an das erste Aufflackern des Protestes. Es waren FDP und SVP, die sehr schnell mit einem unterstützenden Votum und sehr viel Sympathie für die Assistenzärztinnen und -ärzte dabei waren. Unsere Seite war zurückhaltender. Wir haben von Anfang an auf die Kostenseite hingewiesen und gesagt, die Nagelprobe werde in der Budgetdiskussion geführt werden. Sie haben diese Probe nicht bestanden. Sie haben heute selbst den moderaten Antrag unsererseits, der nur den gesetzlich vorgeschriebenen Status quo dieser 55- respektive 65-Stunden-

Woche einführen wollte, gebodigt und nicht unterstützt; auf dem Buckel jener Assistenzärzte, hinter die Sie sich, wenn es nichts kostet, sehr schnell stellen.

Der dritte und vielleicht schwerwiegendste Komplex ist derjenige, den Marie-Therese Büsser von allem Anfang an angetönt hat, nämlich, dass die Grüne Fraktion diesem Umgang mit Globalbudgets aus tiefster Überzeugung nicht zustimmen kann. Wenn das die Zukunft der Budgetberatungen in den nächsten Jahren sein wird, dann sind wir auf dem Holzweg. Sie sind jahrelang immer wieder damit durchgekommen, dass Sie generell auf der Kostenseite mit dem Mahnfinger gesagt haben: Wir wollen ein Zeichen setzen. Wir sparen 3 oder 4 Mio. Franken, 5 oder 2 Prozent. Das kann ja nicht weh tun. Das ist keine seriöse Budgetberatung.

Wir haben dem Reformprojekt des Rates nicht enthusiastisch zugestimmt. Aber wir haben ihm zugestimmt in der festen Überzeugung, dass auch bei den Budgetberatungen etwas ändern muss, dass nämlich die Parteien im Sinne der Transparenz für die Wählenden Positionen zu beziehen haben. Positionen, nicht einfach, indem Sie sich hinter eine 10-, 5- oder 2-prozentige Kürzung verschanzen, sondern dass Sie in einem Staatshaushalt, der je länger je mehr Prioritäten setzen muss, auch das politische Profil zeigen. Die Budgetdebatte, die wir dieses Jahr geführt haben, hat dieses Profil über die grössten Strecken vermissen lassen. Es ist eine Enttäuschung.

Wir können einem solchen Budget und einer solchen Budgetbehandlung nicht zustimmen.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Wenn Sie wollen, dass wir das Budget heute noch fertig behandeln, bitte ich Sie um etwas Ruhe und um kürzere Voten.

Thomas Büchi (Grüne, Zürich): Danke, Herr Präsident. Ich werde sofort fertig sein.

Was wir in diesen drei Punkten dargelegt haben, lässt uns keinen anderen Schluss als zu diesem Budget, das nicht unser Budget sein kann und darf, Nein zu sagen.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Das Ziel, 1999 ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, ist erreicht. Wir anerkennen die Anstrengungen, die dazu gemacht worden sind. Wir können auch sagen – ich habe es zu Beginn der Debatte gesagt –, dass einige Glücksfälle oder auch

geklauter Gelder eingetroffen sind, die das gute Resultat ermöglichen. Wenn wir von Glücksfall sprechen, könnte jetzt die Mehrheit sagen: Wir sind unseres Glückes Schmied. Das sind wir aber nicht. Dieses Hufeisen, das gegossen worden ist, hat doch einige Ecken drin.

Wir von der EVP haben versucht, mit moderaten Kompromissvorschlägen denjenigen zu helfen, die auf der Schattenseite stehen. Wir haben es beim Arbeitslosenfonds, bei der Prämienverbilligung und auch bei den Anliegen der Umwelt versucht. Es war unser Bestreben, diese Kompromissvorschläge, die immer noch ein positives Budget ergeben hätten, durchzubringen. Sie haben dreimal Nein gesagt. Aller schlechtesten Dinge sind drei.

Auch die EVP sagt aus diesen Gründen Nein zum Budget. Das Resultat ist negativ.

Willy Spieler (SP, Küssnacht): Das Budget, wie es jetzt vorliegt, ist auch nicht unser Budget. Was wegen der geschönten Zahlen gesagt worden ist, will ich nicht wiederholen. Dazu gehört allerdings auch, dass das Budget solange geschönt sein wird, als die Regierung nicht bereit ist, die Lohnreduktionen, die wir vor zwei Jahren beschlossen haben, rückgängig zu machen.

Das Budget ist zweitens gekennzeichnet von der Annahme unseriöser Anträge zu den Globalbudgets. Dieses Haus könnte einen Schiedsrichter gebrauchen, der Foul pfeift, wenn die Mehrheit nur Konti kürzt, ohne sich um die Leistungsseite zu kümmern.

Drittens ist das Budget, wie es jetzt vorliegt, geprägt von sozialer Kälte. Unsere Anträge zu sozialen Belangen sind abgeschmettert worden, ausgenommen die Opferhilfe und das Ambulatorium Bülach. Ich erinnere an unsere Anträge betreffend 10 Mio. Franken aus dem Hilfsfonds der ZKB, Aufstockung des Arbeitslosenfonds, Unterstützung der Rechtsauskunftsstellen und die Prämien. Wir haben letztes Jahr das Budget zwar auch nicht gelobt, aber wir glaubten, Zeichen für eine sozialverträgliche Haushaltsanierung wahrgenommen zu haben. Wir nannten Ihnen damals zum Beispiel Kriterien für ALÜB, die Sie zu akzeptieren schienen. Dass diese Übung nicht weiterkommt und offenbar zum grossen Alibi verkommt, ist auch nicht uns anzulasten.

Wenn Sie auf die Zustimmung der SP zu den Budgets Wert legen, dann können Sie nicht einfach alle unsere wichtigen Minderheitsanträge zu sozialen Belangen abschmettern. Wenn Sie Wert legen auf den sozialen Frieden im Kanton, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass es den sozialen Frieden nur mit uns und nicht gegen uns geben kann.

Die SP kann das Budget nicht unterstützen. Ein Teil der Fraktion wird es ablehnen. Ich gehöre auch dazu. Ein anderer Teil wird sich der Stimme enthalten in der Annahme, dass angesichts der real existierenden Mehrheitsverhältnisse auch eine zweite Auflage keine echte Verbesserung bringen würde.

Anton Schaller (LdU, Zürich): Wir lehnen das Budget aus drei Gründen ab. Ich habe sie in der Eintretensdebatte bekannt gegeben: die Sozialverträglichkeit mit einer 70-prozentigen Ausschöpfung bei den Krankenkassenprämien von 55 Mio. Franken. Wir wollten 7 Mio. Franken bei den Assistenzärztinnen und -ärzten. Wir wollten den Arbeitslosenfonds auf das Niveau von 1998 heben. Insgesamt hätten das 87 Mio. Franken mehr gemacht. Es wäre in der Toleranzgrenze gewesen. Es ist nicht unser Budget. Deshalb lehnen wir es ab.

Es ist eine Enttäuschung, dass dieser Rat die Modernität oder die Zukunft noch nicht verstanden hat und willkürlich in die Globalbudgets geschnitten hat, ohne klar zu sehen, welche Konsequenzen sich für die Zukunft ergeben. Es wird Konsequenzen in bezug auf die Verwaltung und im Umgang mit den Globalbudgets haben. Wir haben die Zeichen der Zeit in dieser Frage nicht verstanden.

Drei Gründe zur Ablehnung und eine Enttäuschung, wir werden das Budget ablehnen.

Markus J. Werner (CVP, Dällikon): Nach sieben Stunden Debatte bin ich zwar müde, aber mir ist nicht entgangen, dass wir ähnliche oder praktisch identische Voten bereits im letzten Jahr gehört haben. Ich erspare Ihnen deshalb, im Einzelfall darauf einzugehen.

Herr Spieler, Sie sollten sich vielleicht auf das nächste Jahr als Wunsch vornehmen, das politische Vokabular wieder einmal zu eichen. Wenn man im Zusammenhang mit einer Bagatellsubventionskürzung von 130'000 Franken vom Einzug sozialer Kälte spricht, gibt einem das zu denken.

Die CVP hat sich für dieses Budget nicht sehr viel vorgenommen. Wir haben nur gesagt, dass wir den Stein in eine positive Zone in Bewegung bringen wollen. Wir haben darauf hingewiesen, dass wir uns vom Budgetvollzug während des Jahres weitere Einsparungen in der Grössenordnung von etwa 100 bis 150 Mio. Franken erwarten und erhoffen. Diese Zahl ist nicht unrealistisch, wenn man das mit den vergangenen Rechnungsjahren vergleicht. Wir haben seinerzeit darauf verzichtet, diese Rotationsgewinne in die einzelnen Direktionen umzulegen. Insgesamt kann man mit dieser Übung zufrieden sein. Ich glaube, dass das

erst der Anfang war, wenn es gemeinsam darum geht, die ALÜB-Programme umzusetzen. Wenn ich die Vorboten einzelner Debatten im Rahmen der Budgetdebatte richtig deute, dürfte es dort einige Schwierigkeiten geben, unpopuläre Entscheide zu treffen.

Die CVP-Fraktion wäre jedenfalls dazu bereit.

Ernst Schibli (SVP, Otelfingen): Bald wird die Budgetdebatte für das Jahr 1999 der Vergangenheit angehören. Die erzielten Resultate lassen sich sicher nicht in die Kategorie «hervorragend», sondern eher in den Bereich «knapp erfüllt» einreihen. Noch immer wird viel Wünschbares anstatt nur noch das absolut Notwendige in unserem Kanton budgetiert und dann realisiert. Die Eigenverantwortung scheint bei diesen Überlegungen keinen Platz zu haben. Die linke Ratsseite ignoriert die Notwendigkeit einer umfassenden Haushaltsanierung in unserem Kanton zu Gunsten des Eidgenössischen Standes Zürich, zu Gunsten der Bevölkerung unseres Kantons, zu Gunsten eines prosperierenden Wirtschaftsstandorts und zu Gunsten einer akzeptablen Entwicklung unseres Kantons für zukünftige Generationen auch 1998 vollumfänglich, sonst hätte sie das Budget 1999 nicht um zirka 200 Mio. Franken verschlechtern wollen.

Vor allem die Sozialdemokraten huldigen noch heute der gescheiterten, sozialistischen Gleichmacherplanwirtschaft, die Osteuropa in eine schwere Krise gebracht hat und zu einem Entwicklungsgebiet werden liess. Es ist zwar sehr sympathisch, finanzielle Forderungen an den

Staat zu Gunsten verschiedenster Bereiche und Personen zu stellen, wenn man die sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht tragen und nicht begründen muss und andererseits niemandem sagen muss, woher das Geld zur Finanzierung kommt.

Für die SVP ist die Sanierung der desolaten Staatsfinanzen Verpflichtung. An starken Widerstand gegenüber notwendigen Massnahmen, die von uns durchgesetzt werden wollen, sind wir uns gewohnt. Es ist weiss Gott nicht das erste Mal, dass unsere Bemühungen in einer Sache jahrelang desavouiert werden und letztlich andere Parteien mit unseren Argumenten der Bevölkerung weismachen wollen, dass man nun auf diesem «völlig neuen Weg» das Problem lösen soll. Ein knapp in den schwarzen Zahlen liegender Voranschlag 1999 ist für die SVP ein Schritt – aber kein Meilenstein – in die richtige Richtung zur Sanierung unseres Finanzhaushalts. Wir sind überzeugt, wenn nicht nur Speck vom Fleisch, sondern das Fleisch vom Knochen getrennt wird, dass noch ein grosses Potential an Ausgaben eingespart werden kann.

Dem Regierungsrat danken wir für den spürbaren Willen, den Haushalt unseres Kantons wieder in fruchtbarere Regionen zu führen.

Die SVP wird den Druck zu einer vollständigen Haushaltsanierung aufrechterhalten. Damit wollen wir eine finanzielle Entlastung der gesamten Bevölkerung erreichen und einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftskanton Zürich präsentieren.

Unter diesen Voraussetzungen wird die SVP-Kantonsratsfraktion dem Budget 1999 zustimmen.

Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur): Nach den ablehnenden Worten der Gegenseite finde ich für unsere Ratsseite insofern Trost, denn hätten die fundamental geprägten Linken diesem Budget zugestimmt, hätten der Regierungsrat und die bürgerliche Ratsseite etwas falsch gemacht. Bezüglich der Finanzpolitik des Kantons Zürich ist ganz klar der Weg das Ziel. Der Weg geht – wenn wir die Finanzen in Ordnung bringen wollen – in die Richtung, wie sie von dieser Ratsseite verfochten wird und ganz sicher nicht in die Gegenrichtung, Herr Spieler. Sie werden langsam aber sicher auf dem Weg in die Gegenrichtung immer einsamer werden, auch wenn Sie aus wahltaktischen Gründen noch einige Begleiter gefunden haben.

Es gibt für mich zwei Weichen, die gestellt worden sind. Sie sind für dieses Budget entscheidend. Ich bin der Meinung, es wäre völlig verfehlt, wenn wir diese Weichen vom Tisch schieben würden. Bei den Assistenzärzten wurde ein wichtiger Schritt über das Budget in Richtung Problemlösung gemacht. Die Gesamtarbeitsverhandlungen sind klar in der Kompetenz der Regierung und nicht Sache dieses Rates. Es wurde aber ermöglicht, dass dort die Entlastung bei den Schreivarbeiten möglich wird. Diese Türe wurde geöffnet.

Der Entscheid bezüglich Englisch ist für mich geradezu epochal, denn er ist in die Zukunft gerichtet. Er ist für unsere Jugend positiv ausgefallen. Es mag symptomatisch sein, dass gerade dieser Entscheid eines Kaiserschnitts bedurfte, bis es zur Geburt gekommen ist.

Die Ratslinke muss sich bewusst sein, wenn sie das Budget ablehnt, lehnt sie auch die beiden Weichen bei den Assistenzärzten und bei der Bildung bezüglich Englisch ab. Wenn Sie diese Verantwortung tragen wollen, können Sie das tun. Sie werden die Quittung erhalten.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: In Teil I, Verwaltungsrechnung, des Voranschlags ergibt sich in der Laufenden Rechnung ein Ertragsüberschuss von 3'027'758 Franken. In der Investitionsrechnung ergeben sich Nettoinvestitionen von 857'668'000. In Teil III haben wir keine Änderungen vorgenommen. Da gilt der Antrag der Finanzkommission. In Teil IV, selbständige staatliche Unternehmungen, haben wir ebenfalls keine Änderungen vorgenommen. In der Laufenden Rechnung der Verwaltungsrechnung ist gegenüber dem Antrag der Finanzkommission mit einem höheren Aufwand von 8'170'000 Franken und einem höheren Ertrag von 500'000 zu rechnen.

Damit ist der Voranschlag durchberaten. Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat genehmigt mit 78 : 57 Stimmen den Voranschlag 1999 des Kantons Zürich gemäss geänderter Ziffer I des Dispositivs mit einem Ertragsüberschuss von 3'027'758 Franken in der Laufenden Rechnung und mit Nettoinvestitionen von 857'668'000 in der Investitionsrechnung.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Schlusswort des Regierungsratspräsidenten

Regierungsratspräsident Eric Honegger: Zuerst gratuliere ich Ihnen im Namen des Regierungsrates, dass Sie einen Voranschlag beschlossen haben, bevor die vierte Kerze des Adventskranzes auf dem Tisch im Ratssaal – jetzt ist sie angezündet worden – hätte angezündet werden müssen.

Das finanzpolitische Jahr 1999 wird nicht von diesem Voranschlag abhängen, sondern von der Rechnung. Da gilt es, dass wir uns alle zusammen Mühe geben, den Vollzug des Voranschlags möglichst sorgfältig vorzunehmen.

Ich wünsche Ihnen im Namen des Regierungsrates in dieser letzten Minute unseres Zusammenseins im alten Jahr alles Gute für das kommende Jahr. Ich wünsche Ihnen fröhliche Weihnachten im Kreise Ihrer Familien und eine erholsame Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr. Mögen alle jene Damen und Herren unter Ihnen, die wieder gewählt werden wollen, wieder gewählt werden und jene, die nicht mehr gewählt werden wollen, nicht mehr gewählt werden.

Ich hoffe, dass wir bis zu den Wahlen im April 1999 eine noch möglichst effiziente gemeinsame Zeit verbringen können. (*Applaus*).

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Die erste Sitzung im neuen Jahr am 4. Januar 1999 beginnt um 9.15 Uhr. Wir offerieren Ihnen von 12.00 bis 12.30 Uhr einen Neujahrsapéro.

Ich danke Ihnen allen für Ihr Ausharren und wünsche Ihnen schöne Festtage. (*Applaus*).

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Verwendung von kostengünstigen Generika im Universitätsspital Zürich und den von der Kantonsapotheke belieferten Stellen**
Postulat *Ursula Talib-Benz* (*Grüne, Pfäffikon*) und Mitunterzeichnende
- **Angebotskonzept für die Tösstallinie (Winterthur–Bauma–Rüti–Rapperswil)**
Anfrage *Esther Zumbrunn* (*DaP/LdU, Winterthur*)

- **Ernennung der Direktorin der Abteilung Ausschaffungshaft des Flughafengefängnisses Kloten zur Chefin aller Bezirksgefängnisse**
Anfrage Christoph Mörgeli (SVP, Stäfa)
- **Planung des zweiten S-Bahn-Durchgangsbahnhofs im Zürcher Hauptbahnhof**
Anfrage Astrid Kugler-Biedermann (LdU, Zürich)

Schluss der Sitzung: 23.20 Uhr

Zürich, den 15. Dezember 1998

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Büro des Kantonsrates in seiner Sitzung vom 21. Januar 1999 genehmigt.